

Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
in Verbindung mit dem
Institut für Sozialgeschichte e. V.
Braunschweig – Bonn

45. Band · 2005

Verlag
J.H.W. Dietz Nachf.

REDAKTION: BEATRIX BOUVIER
 DIETER DOWE
 PATRIK VON ZUR MÜHLEN
 MICHAEL SCHNEIDER
 SCHRIFTLLEITUNG: FRIEDHELM BOLL
 REDAKTIONSSASSISTENZ: ANJA KRUIKE

Redaktionsanschrift:
 Institut für Sozialgeschichte
 Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
 Tel. 02 28 / 88 34 70, Fax 02 28 / 88 34 97
 E-Mail: AfS@FES.de

Herausgeber und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

ISSN 0066-6505
 ISBN 3-8012-4159-9

© 2005 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
 Umschlag und Einbandgestaltung: Bruno Skibbe, Braunschweig
 Satz: PAPHYRUS – Schreib- und Büroservice, Bonn
 Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
 Alle Rechte vorbehalten
 Printed in Germany 2005

Inhalt

BEITRÄGE ZUM RAHMENTHEMA »WEST-OST-VERSTÄNDIGUNG IM SPANNUNGSFELD VON GESELLSCHAFT UND STAAT SEIT DEN 1960ER-JAHREN«

Stefan Berger/Norman LaPorte, Britische Parlamentarierkontakte nach Osteuropa 1945–1989. Zwischen *fellow travelling* und ostpolitischer Erneuerung..... 3

Arnd Bauerkämper, Ein asymmetrisches Verhältnis. Gesellschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Großbritannien und der DDR von den Sechziger- zu den Achtzigerjahren..... 43

Peter Haslinger, Eine Option in Richtung Europa? Österreich im außenpolitischen Kalkül der ungarischen Kommunisten 1956–1989 59

Karl-Heinz Schlarp, Die ökonomische Untermauerung der Entspannungspolitik. Visionen und Realitäten einer deutsch-sowjetischen Wirtschaftskooperation im Zeichen der Neuen Ostpolitik 77 ✕

Guido Thiemeyer, »Wandel durch Annäherung«. Westdeutsche Journalisten in Osteuropa 1956–1977..... 101 ✕

Dieter Bingen, Ostpolitik und demokratischer Wandel in Mittel- und Osteuropa. Der Testfall Polen 117 ✕

Robert Zurek, Die Rolle der Katholischen Kirche Polens bei der deutsch-polnischen Aussöhnung 1966–1972 141 ✕

Karl-Joseph Hummel, Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1945–1978 165

Arkadiusz Stempin, Das Maximilian-Kolbe-Werk. Brückenbauer zwischen den deutsch-polnischen Fronten in den Jahren der Entspannungspolitik..... 215 ✕

Krzysztof Ruchniewicz, Der Entstehungsprozess der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission 1937/38–1972..... 237

Thomas Strobel, Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972–1989..... 253 ✕

Zofia Wóycicka, Zur Internationalität der Gedenkkultur. Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1954–1978..... 269

Natalie Bégin, Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von *Solidarność* in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich..... 293

Dorota Dakowska, Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen zwischen 1971 und der friedlichen Revolution 325

<i>Pertti Ahonen</i> , German Expellee Organizations. Between Revisionism and Reconciliation.....	353
<i>Lawrence S. Wittner</i> , About the Peace Movements and Their Relations. A Comparison of their Development and Impact in East and West.....	373
<i>Anke Stephan</i> , Zwischen Ost und West. Die unabhängige Frauenbewegung in Leningrad 1979–1982	407
<i>Jan C. Behrends/Friederike Kind</i> , Vom Untergrund in den Westen. <i>Samizdat</i> , <i>Tamizdat</i> und die Neuerfindung Mitteleuropas in den Achtzigerjahren.....	427
<i>Sonja Häder</i> , Selbstbehauptung wider Partei und Staat. Westlicher Einfluss und östliche Eigenständigkeit in den Jugendkulturen jenseits des Eisernen Vorhangs	449

FORSCHUNGSBERICHTE UND REZENSIONEN

<i>Christian Noack</i> , Tourismus in Russland und der UdSSR als Gegenstand historischer Forschung. Ein Werkstattbericht	477
<i>Carla Albrecht</i> , Neuere Forschungen zu den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen nach 1945	499
<i>Michael Schneider</i> , Geschichtswissenschaft im Dritten Reich. Eine Zwischenbilanz	509
<i>Friedrich Kießling</i> , Nationalsozialismus als politische Religion. Zu einer neuen und alten Deutung des Dritten Reichs	529
<i>Frank Bösch</i> , Zwischen Populärkultur und Politik. Britische und deutsche Printmedien im 19. Jahrhundert	549
<i>Uta Andrea Balbier</i> , »Spiel ohne Grenzen«. Zu Stand und Perspektiven der deutschen Sportgeschichtsforschung.....	585
<i>Till Kössler</i> , Partei, Bewegung und Lebensform. Neuerscheinungen zur Geschichte des Kommunismus in Deutschland	599
<i>Christopher Kopper</i> , »Gute Straßen bis ins letzte Dorf!« Neue Forschungen zur Verkehrsgeschichte.....	615
<i>Jürgen Martschukat</i> , Gewalt und Gesellschaftsordnung. Die Todesstrafe als Gegenstand sozial- und kulturhistorischer Forschung in Westeuropa und den USA	625
*	
<i>Ilse Fischer</i> , Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888–1939). Ein »leidenschaftlicher Individualist« in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern, Bonn 2004 (Hans O. Hemmer).....	645
<i>Götz Aly</i> , Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/Main 2005 (Michael Schneider).....	647

<i>Isabel Heinemann</i> , »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003 (Bianka Pietrow-Ennker)	650
<i>Michael Hesemann</i> , Hitlers Religion. Die fatale Heilslehre des Nationalsozialismus, München 2004 (Michael v. Prollius).....	652
<i>Hans Maier</i> (Hrsg.), Totalitarismus und Politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Band III: Deutungsgeschichte und Theorie, Paderborn 2003 (Michael v. Prollius).....	652
<i>Richard Steigmann-Gall</i> , The Holy Reich. Nazi Conceptions of Christianity, 1919–1949, Cambridge 2003 (Michael v. Prollius).....	652
<i>Gerd Hankel/Gerhard Stuby</i> (Hrsg.), Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995 (Alexander J. Schwitanski)	657
<i>Gerd Hankel</i> , Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003 (Alexander J. Schwitanski)	657
<i>Heike B. Görtemaker</i> , Ein deutsches Leben. Die Geschichte der Margret Boveri, München 2005 (Dagmar Bussiek).....	662
<i>Ursula Langkau-Alex</i> , Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, Erster Band: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Berlin 2004/2005; Zweiter Band: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront; Dritter Band: Dokumente, Chronik und Verzeichnisse (Patrik von zur Mühlen)	664
<i>Joachim Radkau</i> , Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2000 (Neuaufgabe 2002) (Thomas Zeller)	666
<i>Andrei Corbea-Hoisie/Rudolf Jaworski/Monika Sommer</i> (Hrsg.), Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis, Innsbruck etc. 2004 (Christian Domnitz)	667
<i>Anna Zarnowska</i> , Workers, Women, and Social Change in Poland, 1870–1939, Aldershot 2004 (Jutta Schwarzkopf).....	670
<i>Margarete Kollmar</i> , Mit der Reichsbahn ins Blaue. Eine populäre Tourismusform in den 1930er-Jahren, Hövelhof 2005 (Christopher Kopper)	672
<i>Habbo Knoch/Daniel Morat</i> (Hrsg.), Kommunikation als Beobachtung. Medienwandel und Gesellschaftsbilder 1880–1960, München 2003 (Stefan Moitra).....	673
Summaries	677
Résumés.....	687
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bandes	697
Rahmenthemen der nächsten Bände des »Archivs für Sozialgeschichte«.....	702
Einzelrezensionen finden Benutzer des »Archivs für Sozialgeschichte« unter www.fes.de/afs-online	

Robert Zurek

Die Rolle der Katholischen Kirche Polens bei der deutsch-polnischen Aussöhnung 1966–1972

I. EINFÜHRUNG

Fast alle Fachleute sind sich einig, dass der deutsch-polnische Verständigungsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg ohne den Beitrag der Katholischen Kirche viel langsamer verlaufen, vielleicht sogar gescheitert wäre.¹ Dabei brauchte die Katholische Kirche eine lange Anlaufzeit, bis sie sich in den Versöhnungsprozess entschiedener engagierte. Der Zeitraum 1966–1972 lässt sich als eine Übergangsperiode definieren, in der sich der Versöhnungsgedanke unter den deutschen und polnischen Katholiken schon bemerkbar machte, aber noch nicht endgültig durchsetzte. Diese Periode wird durch den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von Ende 1965 und durch die Regelung der kirchlichen Jurisdiktion der Oder-Neiße-Gebiete im Juni 1972 klar umgrenzt. Der Briefwechsel eröffnete zweifelsohne eine neue Etappe in den deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen, weil sich damit die Kirchenführung in den bislang lediglich von kirchlichen Randgruppen getragenen Versöhnungsprozess einschaltete. Die infolge der Ratifizierung des Warschauer Vertrages durch den Bundestag ermöglichte und durch den Vatikan vollzogene Regelung der kirchlichen Jurisdiktion der Oder-Neiße-Gebiete beseitigte den Hauptstreitpunkt in den deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen. Dieses Faktum sowie die Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen ermöglichten einen bei weitem intensiveren Versöhnungseinsatz der Kirchen als zuvor.

Im folgenden Artikel werden im ersten Schritt die Determinanten der Haltung der Katholischen Kirche Polens gegenüber Deutschland, und im zweiten Schritt die im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen relevanten Initiativen dieser Kirche dargestellt und analysiert. Als Untersuchungsgegenstand werden der polnische Episkopat und die ZNAK-Gruppen betrachtet.² Die Ausklammerung der übrigen, weniger bedeutenden aber dennoch vorhandenen Milieus des polnischen Katholizismus, ist aufgrund des spärlichen Forschungsstandes notwendig. Der polnische Beitrag zu den deutsch-polnischen Kirchen-

1 Vgl. dazu z. B. die Stimmen prominenter deutscher Politiker. Wolfgang Thierse: »Die positive Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen [...] wäre ohne die Kirchen überhaupt nicht möglich [gewesen]. Beide Kirchen haben eine Grundlage für den deutsch-polnischen Versöhnungsprozess geschaffen.« Gespräch mit dem Autor, Mai 2001. Johannes Rau: »Die Ostpolitik ist erst durch die Kirchen möglich geworden.« In: Kirche + Leben. Wochenzeitung im Bistum Münster Nr. 19 vom 10.5.1998. Ähnlich auch Richard von Weizsäcker in einem Gespräch mit dem Autor im April 2001. Willy Brandt schrieb in seinen Erinnerungen 1976: »Das Gespräch der Kirchen und ihrer Gemeinden war dem Dialog der Politiker voraus.« Vgl. *Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 240 f. Helmut Kohl meinte: »Die Kirchen [...] leisteten Pionierdienste, sie bauten Brücken der Verständigung und wiesen Wege zur Versöhnung.« In: Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung (Hrsg.), *Versöhnung – unser Auftrag*. Bundeskanzler Helmut Kohl in der Volksrepublik Polen, Bonn 1989, S. 93.

2 Die ZNAK-Gruppen waren ein Sammelbecken katholischer Intellektueller und umfassten die Klubs der Katholischen Intelligenz, den Parlamentarierkreis Znak, die Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* und die Monatszeitschriften *Więź* und *Znak*. Mit Großbuchstaben wird in diesem Artikel stets das ganze ZNAK-Milieu bezeichnet, mit kleinen Buchstaben der Parlamentarierkreis und die Zeitschrift.

beziehungen in den Jahren 1966–1972 wurde nämlich kaum erforscht, Untersuchungen liegen lediglich zu dem Briefwechsel der Bischöfe von 1965 und seinen unmittelbaren Auswirkungen vor.³ Wichtige Einblicke in die deutsch-polnischen Bischofsbeziehungen 1960–1972 lieferte zudem Hans-Jakob Stehle.⁴ Darüber hinaus liegt eine Biographie des führenden ZNAK-Vertreters, Stanisław Stomma vor, in der die deutsch-polnischen Fragen eine erhebliche Rolle spielen.⁵

Der folgende Artikel wurde vor allem anhand der Analyse der ZNAK-Presse aus dem Untersuchungszeitraum verfasst. Ferner wurden die in Quelleneditionen veröffentlichten kirchlichen Dokumente untersucht und durch die vorhandene Sekundärliteratur ergänzt. Der Untersuchungszeitraum beginnt unmittelbar nach dem Briefwechsel der Bischöfe vom November und Dezember 1965, der Briefwechsel selbst wird bewusst ausgeklammert⁶ und nur als eine Determinante der nachfolgenden Beziehungen berücksichtigt.

II. DIE DETERMINANTEN DES VERHALTENS DER POLNISCHEN KIRCHE

1. Historische Voraussetzungen der deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen

Seit den Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts gestalteten sich die deutsch-polnischen Beziehungen zunehmend im Rahmen eines gravierenden Konfliktverhältnisses. Aufgrund der Rolle Preußens bei den Teilungen Polens, seiner späteren konfrontativen Polenpolitik und der deutsch-polnischen Reibungen während der Zwischenkriegszeit war das polnische Deutschenbild bereits vor dem Zweiten Weltkrieg negativ. Erst die qualitativ und quantitativ unvorstellbaren NS-Verbrechen in den Jahren 1939–1945 führten aber dazu, dass sich in der polnischen Gesellschaft ein sehr tiefer und allgemeiner Deutschenhass breit machte. Durch das Ausmaß der Terror- und Vernichtungsmaßnahmen der deutschen Besatzer schockiert, stellte man nicht nur die Zugehörigkeit der Deutschen zum Kreis der zivilisierten Völker, sondern sogar ihr Menschsein in Frage.⁷

Von sehr großer Bedeutung ist die Tatsache, dass die polnische Öffentlichkeit in den Ereignissen der Jahre 1939–1945 eine konsequente Verwirklichung der seit langem vorhandenen Prämissen der deutschen Polenpolitik und eine logische Konsequenz der deutschen Geschichte erblickte. Diese Beurteilung des Nationalsozialismus führte dazu, dass man die Deutschen als eine völlig verdorbene, unverbesserliche und zugleich todgefährliche Nation ansah. Unmittelbar nach dem Krieg glaubte man weder an die Existenz »anderer«, »guter« Deutschen, noch an die Möglichkeit der baldigen Genesung der vermeintlich seelisch kranken Nachbarn. Vor diesem Hintergrund stellte Klaus Zernack zu Recht fest, dass die Polen von den Deutschen im Jahre 1945 eine Entfremdung trennte, die »kaum

vorstellbar« und »in der Beziehungsgeschichte europäischer Nationen« kaum auffindbar war.⁸

Die antideutschen Ängste und Ressentiments waren in der polnischen Gesellschaft noch in den Sechzigerjahren sehr ausgeprägt. Die tragische Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen war in der polnischen Gegenwart überall noch deutlich spürbar und erschwerte kirchliche Versöhnungsmaßnahmen sehr, zumal auch in der von den Nationalsozialisten schwer verfolgten polnischen Kirche starke antideutsche Ressentiments herrschten.⁹

2. Die Haltung der deutschen Politik, Gesellschaft und Kirche nach 1945

Nach 1945 fand in der deutschen Gesellschaft fast kein Umdenken im Bezug auf das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn statt. Die überwiegend negative Polenpolitik Preußens und Deutschlands seit dem 18. Jahrhundert, die NS-Verbrechen an den Polen und die Notwendigkeit der Neugestaltung der gegenseitigen Beziehungen wurden nur von wenigen thematisiert. Stattdessen verurteilte man Polen für die Übernahme der Oder-Neiße-Gebiete und die Vertreibung ihrer deutschen Einwohner. Im Nachkriegsdeutschland herrschte ein allgemeiner Antipolonismus, und die eigentliche Zielsetzung der Polenpolitik lag nicht in einer Neugestaltung der gegenseitigen Beziehungen, sondern in der Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete. Bis 1959 machte die Bundesregierung keine einzige versöhnliche Geste in Richtung Polen, stattdessen postulierte sie stets die Revision der Oder-Neiße-Grenze. Im nächsten Jahrzehnt war es nicht viel anders. Erst die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel distanzierte sich von der konfrontativen Polenpolitik der Vorgänger. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen wurden erst durch diese Regierung aufgenommen.¹⁰

Die Haltung der deutschen Katholiken unterschied sich nicht von der Haltung der übrigen Gesellschaft. Die Verfolgung der polnischen Kirche durch die Stalinisten und der mutige Abwehrkampf der polnischen Katholiken verursachten zwar eine Welle der Anteilnahme und Sympathie unter den deutschen Katholiken, bewegten sie aber nicht zur Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen an Polen und zum Verzicht auf Grenzrevisionsfor-

8 Klaus Zernack, Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Norbert H. Weber (Hrsg.), Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Seminar im Rahmen der Lehrerfort- und -weiterbildung des Senators für Schulwesen, Berufsbildung und Sport in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Berlin (West) vom 6. und 7. Oktober 1986, Berlin 1989, S. 28–34, hier: S. 31.

9 Fast alle polnischen Bischöfe wurden mit der dramatischen Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht erst im Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger schmerzhaft konfrontiert. So wurde zum Beispiel der spätere Primas Stefan Wyszyński bereits 1917 als sechzehnjähriger Junge von den deutschen Besatzern für illegale Pfadfindertätigkeit ausgepeitscht. Im Jahre 1939 verbrannten die Nationalsozialisten seine aus 1500 Bänden bestehende Bibliothek sowie seine zahlreiche wissenschaftliche und publizistische Manuskripte. Fast die Hälfte der Priester seiner Diözese, inklusive des Weihbischofs, wurde von den Besatzern ermordet, von den Geistlichen seines Jahrgangs war er der einzige Überlebende, musste sich aber bis zum Kriegsende vor der Gestapo verstecken. Er war Zeuge der brutalen Vertreibung der polnischen Bevölkerung in der Region von Zamość sowie der ebenso brutalen Niederwerfung des Warschauer Aufstands 1944. Mehr dazu: Marian Romaniuk, Życie, twórczość i posługa Stefana Kardynała Wyszyńskiego, Prymasa Tysiąclecia, Warszawa 1994, S. 181–213, 267 f.; Peter Raina, Stefan Kardynał Wyszyński. Prymas Polski, Bd. I, London 1979, S. 78–108.

10 Zur Polenpolitik der Bundesrepublik und Poleneinstellung der deutschen Gesellschaft vgl. Dieter Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998.

3 Edith Heller, Macht, Kirche, Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965, Köln 1992; Piotr Madajczyk, Na drodze do pojednania. Wokół orędzie biskupów polskich do biskupów niemieckich z 1965 roku, Warszawa 1994.

4 Hansjakob Stehle, Seit 1960. Der mühsame katholische Dialog über die Grenze, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 155–178.

5 Wolfgang Pailer, Stanisław Stomma. Nestor der polnisch-deutschen Aussöhnung, Bonn 1995. Den übrigen der ZNAK-Tätigkeit gewidmeten Veröffentlichungen können keine für das Thema wesentlichen Informationen entnommen werden.

6 Siehe dazu den Beitrag von Karl Joseph Hummel in diesem Band.

7 Mehr zur Einstellung der Polen gegenüber den Deutschen nach 1945: Edmund Dmitrów, Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948, Warszawa 1987.

derungen. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus nutzten lediglich kirchliche Randgruppen die sich eröffnenden Kontaktmöglichkeiten mit den polnischen Katholiken.¹¹

Die Haltung der deutschen Kirche enttäuschte die polnischen Katholiken sehr. Die polnische Seite erwartete von den deutschen Glaubensbrüdern tiefgreifende und überzeugende Sühne- und Versöhnungsschritte. Als diese ausblieben und stattdessen Grenzrevisionsforderungen zu vernehmen waren, stellte man fest, dass die deutschen Katholiken moralisch genauso krank wie die übrigen Deutschen seien und dass die Grundvoraussetzungen für die deutsch-polnische Aussöhnung fehlen.¹² Solange die deutsche Kirche ihre Polenhaltung nicht revidierte, waren kirchliche Versöhnungsinitiativen in der Tat kaum möglich.

3. Die Oder-Neiße-Frage

Zum Prüfstein der Haltung der deutschen Katholiken gegenüber Polen nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den Augen der polnischen Katholiken der Umgang mit der Grenzfrage. Dass die Übergabe der Oder-Neiße-Gebiete an Polen richtig war, stand für die polnischen Katholiken angesichts der Annexion der polnischen Ostgebiete durch die Sowjetunion außer Frage.¹³ Die neuen Westgebiete wurden aber nicht nur als ein Ersatz für die verlorenen Ostgebiete, sondern auch als die einzige Entschädigung für die immensen menschlichen und materiellen Kriegs- und Besatzungsverluste angesehen. Zudem glaubte die polnische Gesellschaft, dass der Verlust der Ostgebiete eine gerechte Strafe für die Deutschen für ihre jahrhundertlang antipolnische Politik sei. Schließlich war man überzeugt, dass die neuen Gebiete alte polnische Gebiete seien, die den Polen von den Deutschen einst geraubt, und nun nach Jahrhunderten wiedergewonnen wurden.¹⁴

Wie die gesamte Gesellschaft betrachtete auch die polnische Kirche die Beibehaltung der Oder-Neiße-Gebiete als eine Existenzfrage für Polen, denn sie war fest davon überzeugt, dass Polen sonst nicht lebensfähig sei. Das Festhalten an den Grenzrevisionsforderungen interpretierte man als Zeichen der mangelnden Bereitschaft der deutschen Katholiken, ihr Verhältnis zu Polen auf dem Grundsatz des Christentums zu gestalten. Vielmehr warf man den deutschen Glaubensbrüdern vor, dass sie selbst nach den NS-Mas-

11 Mehr zur Polenhaltung der deutschen Katholiken 1945–1956: Robert Zurek, Zwischen Nationalismus und Versöhnung. Die Kirchen und die deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1956, Köln 2005.

12 Seit 1945 kritisierte die polnische kirchliche Presse die Haltung der deutschen Katholiken scharf. 1951 schaltete sich auch Primas Stefan Wyszyński in diese Kritik ein. Er behauptete, dass die polnischen Katholiken das Recht hätten, von den Deutschen und insbesondere von den deutschen Katholiken eine andere Einstellung zu erwarten: »Die katholische Moral verpflichtet ja dazu, im Gewissen die Verantwortung für den ausgelösten Krieg, dessen Opfer u. a. Polen wurde, zu erkennen«. Die deutschen Katholiken müssten bereit sein, das große Unrecht, das den Polen angetan wurde, zu sühnen. Sie müssten dabei erkennen, dass »das Werk der Gerechtigkeit für das der Welt im Krieg angetane Unrecht nicht schmerzlos sein kann«. Od ziemi Lubuskiej po Nyse. Rozmowa red. Jerzego Turowicza z Prymasem Polski. *Tygodnik Powszechny* Nr. 50 vom 16.12.1951, S. 1.

13 Es könne nicht sein, schrieb Primas August Hlond 1948, dass Polen aus dem Krieg geschwächt und verkleinert hervorgehe und bei der Neuordnung Europas für die Folgen fremder Verbrechen zahle. Rundbrief Kardinals August Hlond, des Primas von Polen, an die katholische Bevölkerung der Wiedergewonnenen Gebiete, 24.5.1948. In: *Listy pasterskie Episkopatu Polski 1945–1974*, Paris 1975, S. 16.

14 Diese Überzeugung, die die polnischen Katholiken mit der Gesamtgesellschaft mehr oder weniger teilten, entsprang dem traditionellen polnischen Geschichtsbild und der intensiven kommunistischen Propaganda.

senverbrechen zum Umdenken nicht bereit seien und nach wie vor an nationalistischen und antipolnischen Zielen festhielten.¹⁵

4. Die Ausnutzung des deutschen Problems in der kommunistischen Politik

Die Deutschlandproblematik wurde bereits 1945 zu einem sehr wichtigen Faktor der Innenpolitik polnischer Kommunisten. Die traumatischen Kriegserlebnisse führten dazu, dass die unversöhnliche Haltung der Bundesrepublik in der polnischen Bevölkerung nicht nur Irritationen, sondern auch starke Ängste verursachte. Die Kommunisten nutzten diese Ängste, um vor dem Hintergrund der angeblichen deutschen Bedrohung die Gesellschaft zu disziplinieren und für die Akzeptanz der Abhängigkeit von der Sowjetunion zu gewinnen. Da dieses Argument nur solange tragfähig war, wie die Gesellschaft an die deutsche Gefahr glaubte, schürten die Kommunisten jahrzehntlang antideutsche Phobien, die die Versöhnung wesentlich erschwerten.¹⁶

Gleichzeitig nutzten Kommunisten die Angst der Bevölkerung vor den Deutschen bei der Bekämpfung der Katholischen Kirche aus. Behilflich war ihnen dabei die Tatsache, dass sich der Vatikan weigerte, die Kirchenverhältnisse in den Oder-Neiße-Gebieten vor der endgültigen Klärung der politischen Zukunft dieser Gebiete zu regeln. Die polnische Kirche sah sich dadurch mit einem fundamentalen Problem konfrontiert, denn in einem Drittel ihres Wirkungsgebietes existierten jahrzehntlang keine von Bischöfen geleiteten Diözesen, sondern lediglich Apostolische Administraturen mit Verwaltern. Es war ein Zeichen der Vorläufigkeit der polnischen Kirchenstrukturen in den neuen Gebieten, was einen fatalen Einfluss auf die polnischen Einwohner hatte, vor allem aber von den Kommunisten als Hauptinstrument ihrer antikirchlicher Kampagnen genutzt wurde.

Die kommunistische Propaganda begann bereits in den späten Vierzigerjahren, den Papst als einen Feind Polens darzustellen. Die polnischen Bischöfe rief sie auf, entweder den Papst zur Regulierung der Kirchenverhältnisse in den »Wiedergewonnenen Gebieten« zu zwingen, oder ihm ihren Gehorsam im Namen der polnischen Staatsräson zu kündigen. Da die Bischöfe den Vatikan für die Korrektur seiner Entscheidung nicht überzeugen konnten, gleichzeitig aber kein Schisma verursachen wollten, wurden sie in der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre zum Objekt einer massiven Diffamierungs- und Einschüchterungskampagne von Seiten des Regimes. Die Anschuldigungen, die Bischöfe verrieten die polnische Staatsräson zugunsten Deutschlands, wurden von Vorwürfen begleitet, sie hätten im Zweiten Weltkrieg mit den deutschen Besatzern kollaboriert.¹⁷

15 Für die deutschen Katholiken waren die polnischen Argumente für die Übernahme der Oder-Neiße-Gebiete nicht plausibel. Sie betrachteten den Verlust der Ostgebiete als Unrecht und die Vertreibung als Verbrechen. Sie kritisierten auch die Haltung der polnischen Kirche hinsichtlich der Oder-Neiße-Frage scharf. Ihrer Meinung nach habe in diesem Fall »eine katholische Kirche überzeugt an der Vertreibung einer anderen mitgewirkt« (Franz Scholz, Zwischen Staatsräson und Evangelium. Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen, Frankfurt/M. 1988, S. 78). Starke Widerstände weckten unter den deutschen Katholiken manche Äußerungen der polnischen Kirchenführer, zum Beispiel die Predigt vom Kardinal Wyszyński im August 1965. Darin verschwieg er die deutsche Geschichte Breslaus und versuchte pathetisch, mit Hilfe einseitiger Argumente den ausschließlich polnischen Charakter dieser Stadt zu beweisen (Die Predigt des Primas zur Zweijahrhundertfeier der polnischen kirchlichen Organisation in den Oder-Neiße-Gebieten, Breslau, 31.08.1965 in: *Stefan Wyszyński, Für Freiheit und Menschenwürde. Ansprachen zur Tausendjahrfeier des christlichen Polen*, Limburg 1966, S. 158–167).

16 Mehr zur Funktion des Antigermanismus in der Politik der polnischen Kommunisten und zu dem Einfluss der antideutschen Propaganda auf die polnische Gesellschaft bei Hans Georg Lehmann, *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 128 f.

17 Mehr zur Rolle der Oder-Neiße-Frage in der kommunistischen Kirchenpolitik bei Zurek, Zwischen, S. 153–157.

Im Jahre 1951 zwang das Regime die Apostolischen Administratoren zum Verlassen ihrer Amtssitze in den Oder-Neiße-Gebieten und setzte an ihre Stelle regimetreue Kapitelsvikare ein. Damit ging die Kirchenverwaltung in den betroffenen Gebieten praktisch in die Hände der Kommunisten über, was die polnische Kirche im Kampf gegen das Regime deutlich schwächte. Bei der Verhaftung des Primas Wyszyński im Herbst 1953 warf man dem Kardinal u. a. Handlungen vor, die »unsere Westgebiete dem [...] wiederhergestellten adenauerschen Neunationalsozialismus überlassen, und Polen einer amerikanisch-neunationalsozialistischen Besatzung ausliefern« würden.¹⁸

Auch nach dem Zusammenbruch des Stalinismus blieb die Oder-Neiße-Frage aus zwei Gründen der Angelpunkt der kommunistischen Kirchenbekämpfung. Erstens wussten die Machthaber nach wie vor, dass die einzige Chance, die fromme Bevölkerung gegen die Kirche einzustimmen, in der Ausnutzung ihrer antideutschen Phobien bestand. Zweitens war die Bekämpfung der Kirche in den Oder-Neiße-Gebieten relativ leicht, weil die Kirchenstrukturen dort noch nicht stabil und die Besitzverhältnisse nicht geregelt waren. Somit kann man feststellen, dass die Oder-Neiße-Gebiete eine Achillesferse der polnischen Kirche im Abwehrkampf gegen die Kommunisten war. Deswegen gehörte auch die Regelung der dortigen Kirchenverhältnisse zu den Grundanliegen der polnischen Kirchenführung.

5. Evolution in den kirchlichen Beziehungen seit 1960

Seit der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre vernahm man die ersten katholischen Stimmen aus Deutschland, die für eine Reorientierung der bisherigen Polenhaltung plädierten. Das lauteste Echo verursachte die Predigt des damaligen Bischofs von Berlin und späteren Erzbischof von München und Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Julius Döpfner vom 16. Oktober 1960. Döpfner brach das Tabu und gab als erster deutscher Bischof zu, dass Polen ein Opfer schrecklicher deutscher Verbrechen war, und dass eben diese Verbrechen die Ursache der Vertreibung der Deutschen und des Verlustes der Oder-Neiße-Gebiete darstellten. Döpfner verurteilte zwar die Vertreibung, betonte aber gleichzeitig im Bezug auf die Grenzfrage, dass die Deutschen zu »sehr großen Opfern« bereit sein müssten, wenn sie Frieden erreichen möchten.¹⁹ Damit drückte Döpfner im Jahre 1960 das aus, worauf die polnischen Katholiken seit dem Kriegsende warteten.

Nicht nur die Predigt Döpfners, sondern auch andere Impulse, die hier nicht näher geschildert werden können²⁰, bewegten diejenigen deutschen Katholiken, die sich bereits für die Versöhnung mit Polen einsetzten, zur Intensivierung ihrer Bemühungen. Im Jahre 1964 fand die Sühnewallfahrt der deutschen Pax-Christi-Sektion nach Auschwitz statt.²¹ Ein Jahr später veranstaltete der DDR-Zweig der Aktion Sühnezeichen Sühnefahrten nach Auschwitz und Majdanek. Neben den Beschreibungen der Schrecken der Vertreibung erschienen nun in der deutschen kirchlichen Presse Schilderungen der NS-Verbrechen an den Polen. Auch wenn diese Initiativen noch keinen Durchbruch in der Haltung der deut-

18 So die geheime Verordnung des Ministers für Staatssicherheit vom 29.9.1953, in: *Peter Raina*, Kardynał Wyszyński. Losy więziennicze, Warszawa 1993, S. 113. (Dieses wie alle späteren Zitate aus dem Polnischen wurden – falls nicht anders angegeben – vom Autor übersetzt) Siehe auch *Edward Ochab*, Kto przeskadza w normalizacji stosunków między Kościołem i Państwem? Trybuna Ludu vom 26.9.1953.

19 Die Predigt in: *Petrusblatt* Nr. 43 (1960).

20 Ausführlicher schreibe ich über diese Impulse in dem noch nicht erschienenen Artikel Versöhnung nach Verfolgung und Vertreibung? Die deutschen und polnischen Katholiken nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte* 2006.

21 Mehr über die Pax-Christi-Wallfahrt: *Robert Zurek*, 1964. Deutsche Katholiken in Auschwitz. Eine ungewöhnliche Wallfahrt, in: *West-Ost: Europäische Perspektiven* Nr. 4 (2004), S. 305–309.

schen Katholiken gegenüber Polen bedeuteten, wurden sie in Polen als erste positive Signale aus Deutschland vernommen und bewirkten eine Aufweichung der Fronten.

Eine wichtige Rolle in der Verbesserung der deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen spielte auch das Zweite Vatikanische Konzil, das die Notwendigkeit des Dialogs und der Versöhnung stark akzentuierte und zudem den deutschen und polnischen Bischöfen persönliche Kontaktaufnahme und regelmäßige Begegnungen in Rom ermöglichte. Es entstand eine günstige Atmosphäre für den Briefwechsel von 1965.

6. Reaktionen auf den Briefwechsel von 1965 als Rahmen für künftige kirchliche Versöhnungsbemühungen

Der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. November 1965 war in vielerlei Hinsicht revolutionär.²² Die Schlüsselformel »wir vergeben und bitten um Vergebung«, stand im absoluten Gegensatz zu dem bisherigen Umgang Polens mit den westlichen Nachbarn, der zum einen durch die Überzeugung von der ausschließlichen Opferrolle Polens und zum anderen von dem ständigen Schüren der antideutschen Ressentiments gekennzeichnet war. Das Geschichtsbild des Briefs war zwar nicht völlig frei von Einseitigkeit, aber um Vielfache objektiver als das von den polnischen Kommunisten verbreitete, antideutsche Geschichtsbild. Das von den Machhabern mit einem Tabu belegte Leid der deutschen Vertriebenen wurde gebrochen. Hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze argumentierte man in dem Brief nicht mit der angeblich historisch gerechten Rückkehr in die einst geraubten urpolnischen Gebiete, sondern mit dem Hinweis auf die elementaren Bedürfnisse Polens, das »aus dem Massenmorden nicht als Siegerstaat, sondern bis zum äußersten geschwächt hervorging.« Revolutionär war überhaupt die Initiative, den von der kommunistischen Propaganda stets als Faschisten, »Polenfresser« und Revanchisten diffamierten westdeutschen Kirchenführern Versöhnung anzubieten.

Der Brief stand also im völligen Gegensatz zum Umgang der Machthaber mit den deutsch-polnischen Beziehungen. Da diese Beziehungen in der kommunistischen Außen- und Innenpolitik eine zentrale Rolle spielten, war das Regime an seinem Meinungsmonopol ausgerechnet im Bezug auf Deutschland sehr interessiert. Gerade deswegen musste die polnische Kirche mit radikalen Repressalien rechnen, falls die Kommunisten den Brief als ihren Zielen entgegenwirkend bewerten sollten.

Der Brief stand gleichzeitig auch im völligen Gegensatz zu den tief verwurzelten Überzeugungen der polnischen Geistlichen und Laien, deren antideutsche Ressentiments noch sehr ausgeprägt waren. Es bestand also die Gefahr für die Bischöfe, ihre Autorität zu verlieren, falls die polnischen Katholiken nicht bereit sein sollten, die Versöhnungsinitiative zu akzeptieren. Vor dem Hintergrund dieses doppelten Risikos (Verfolgung durch die Kommunisten, Ablehnung durch das Kirchenvolk) muss der Brief als außerordentlich mutig bezeichnet werden.

Die polnischen Bischöfe waren sich des mit ihrem Brief verbundenen Risikos bewusst.²³ Gleichzeitig waren sie aber überzeugt, dass sich die deutschen Bischöfe in ihrer Antwort für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Errichtung regulärer polnischer Kirchenstrukturen in den Oder-Neiße-Diözesen aussprechen würden, womit die eventuellen Angriffe der Kommunisten und Bedenken des Kirchenvolks entschärft werden könnten.

Die Antwort der deutschen Bischöfe war jedoch in politischer Hinsicht sehr zurückhaltend und blieb nicht nur hinter den Aussagen der EKD-Ostdenkschrift vom Herbst 1965, sondern auch hinter der Döpfnerpredigt von 1960 zurück. Während also die polnischen Bischöfe mit ihrem Brief mehrere gesellschaftliche und politische Tabus brachen

22 Der polnische Brief und die deutsche Antwort sind u. a. bei *Heller*, S. 203–220 abgedruckt.

23 Mehr dazu bei *Stehle*, Seit 1960, S. 160.

und somit einen innerkirchlichen Konflikt und eine Auseinandersetzung mit den Machthabern riskierten, vermieden die deutschen Bischöfe ihrerseits ein ähnliches Risiko. Ihre affirmative Aussage zu der Oder-Neiße-Grenze hätte nämlich heftige Proteste der CDU-Politiker und zahlreicher deutscher Katholiken, nicht nur Vertriebener, verursacht.²⁴

Der Briefwechsel verursachte die seit dem Zerfall des Stalinismus intensivste antikirchliche Kampagne der kommunistischen Machthaber. Die Initiative der polnischen Bischöfe erzürnte die Kommunisten maßlos, zudem hofften sie, dass sie die Bischöfe und insbesondere den Primas in den Augen der deutschfeindlichen Gesellschaft diskreditieren könnten. Die politisch zurückhaltende deutsche Antwort und anschließende nicht ganz durchdachte Aussagen der deutschen Kirchenführer und der westdeutschen Presse lieferten dem Regime willkommene Argumente.²⁵

Die antikirchliche Kampagne dauerte mehrere Monate lang und umfasste eine äußerst intensive Propagandatätigkeit in Medien, Arbeits- und Lehrstätten. Hinzu kamen gesteuerte, teilweise aggressive Proteste der Bevölkerung sowie polizeiliche Maßnahmen, vor allem Verhöre der Bischöfe und zahlreicher Priester. Der Konflikt zwischen Staat und Kirche überschattete die Millenniumsfeiern und verhinderte die Einreise ausländischer Gäste, vor allem des Papstes, der zur Mitfeier des Millenniums eingeladen worden war. Albert Gerhard stellt zurecht fest, dass die Auseinandersetzung um den Briefwechsel »nur einen Teilaspekt des großen Ringens zwischen Partei und Kirche in jenen Monaten« darstellte, dass sie aber am brisantesten war, weil sie den Versuch ermöglichte »die Kirche in ihrem Anspruch als geistige Führerin der Nation durch den Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit vor den Augen der Polen zu diskreditieren«.²⁶

Die Ausmaße der antikirchlichen Schritte der Machthaber erschreckten die polnischen Bischöfe. Sie befürchteten eine Neuauflage der stalinistischen Kirchenverfolgung. Außerdem bildete ihr Brief an die deutschen Amtsbrüder die erste Aktivität, die seit dem Ende des Stalinismus von den katholischen Gläubigen überwiegend negativ aufgenommen worden war. Selbst viele Geistliche sowie engagierte Laien aus dem ZNAK-Milieu missbilligten die Initiative der Bischöfe.²⁷ Die Gefahr, dass es den Kommunisten zum ersten Mal seit 1945 gelingen könnte, einen Keil zwischen den Episkopat und das Kirchenvolk zu schlagen, war real.

Trotz der intensiven antikirchlichen Kampagne des Regimes, konnte sich die polnische Kirche nach dem Briefwechsel behaupten. Die Reaktionen der Kommunisten und des Kirchenvolkes veranschaulichten aber den Kirchenführern, wie hoch der Preis der Versöhnungsinitiativen mit den Deutschen war.

Die von den polnischen Bischöfen erwarteten tiefgreifenden Versöhnungsmaßnahmen seitens der deutschen Kirche blieben, wie erwähnt, bis 1965 weitgehend aus, vielmehr pran-

24 Władysław Bartoszewski drückte den Unterschied zwischen dem Brief der polnischen und deutschen Bischöfe so aus: »Der Brief der polnischen Bischöfe [...] ging über den damaligen durchschnittlichen gesellschaftlichen Bewusstseinsstand und die moralische Reife der polnischen Katholiken weit hinaus. [...] Die Antwort der deutschen Bischöfe spiegelte in gewisser Weise den moralischen Reifegrad der deutschen Katholiken.« Władysław Bartoszewski, *Aus der Geschichte lernen? Aufsätze und Reden zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Polens*, München 1989, S. 333 f.

25 Mehr dazu bei Stehle, *Seit 1960*, S. 162.

26 Gerhard Albert, »Gott hat uns als Nachbarn gewollt.« Der Beitrag der katholischen Kirche zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen, in: *Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn II. Deutsche und Polen*, Dillingen 1989, S. 255–274, hier: S. 261.

27 Józefa Hennelowa schrieb später stellvertretend für das ganze Milieu: »Wir haben wirklich nichts verstanden und wir waren enttäuscht, dass man uns überrascht hatte.« Zit. in: *Madajczyk*, S. 136. Vgl. auch die bereits zitierte Erklärung des Znak-Abgeordnetenkreises vom 14.12.1965. *Tygodnik Powszechny*, 19.12.1965.

gerten die deutschen Katholiken das Unrecht der Vertreibung an und forderten eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Wenn die polnischen Bischöfe dennoch einen bahnbrechenden Versöhnungsbrief an die deutschen Bischöfe schrieben, dann weil sie auf eine entsprechend bahnbrechende Reaktion der deutschen Kirche und Gesellschaft hofften. Der Brief wurde aber von der deutschen Öffentlichkeit »vorwiegend freundlich, aber keineswegs überschwänglich, zum Teil sogar – vor allem in konservativen Blättern – zurückhaltend bis kühl« aufgenommen.²⁸ Das Revolutionäre an ihm wurde nur teilweise erkannt und anerkannt,

»das in den Pressestimmen geäußerte Wohlwollen war in vielen Fällen mit Herablassung gepaart. [...] Mit verblüffender Selbstverständlichkeit wurde vielerorts die Verzeihung der deutschen (Un)taten hingenommen, ja meistens gar nicht erwähnt, und mit Befriedigung wurde die polnische Bitte um Verzeihung hervorgehoben.«²⁹

Auch die Reaktion der deutschen Kirche enttäuschte die polnischen Bischöfe tief. Sie glaubten, mit ihrem Brief einen äußerst wichtigen Beitrag zur deutsch-polnischen Versöhnung geleistet zu haben, und erwarteten von ihren deutschen Amtsbrüdern »eine selbstkritische, realistische Auseinandersetzung mit der moralischen und rechtlichen Problematik der Oder-Neiße-Grenze«, die zur Akzeptanz dieser Grenze durch die deutsche Gesellschaft beitragen würde.³⁰ Selbst der Ernst der Lage der polnischen Kirche inmitten der kommunistischen antikirchlichen Kampagne veranlasste jedoch die deutschen Bischöfe nicht zum Einlenken. Trotz vieler versöhnlicher Worte in Richtung Polen verharrten sie bis zur Ratifizierung des Warschauer Vertrages bei ihrer Formel, »alle unseligen Folgen des Krieges in einer nach allen Seiten befriedigenden und gerechten Lösung zu überwinden«.³¹ Ebenfalls betonte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken den Versöhnungswillen gegenüber Polen, stellte aber gleichzeitig fest, dass die deutschen Katholiken an den »vertretbaren Rechten des eigenen Volkes festhalten« würden³², was als ein Festhalten an den Grenzrevisionsbestrebungen ausgelegt werden konnte. Diese Haltung förderte die Versöhnungsbereitschaft der polnischen Kirche nicht.

7. Innenpolitische und innenkirchliche Voraussetzungen

Der Zeitraum 1966–1972 war für Polen innenpolitisch sehr turbulent. Die angespannten Beziehungen zum kommunistischen Staat verlangten von der Kirchenführung große Aufmerksamkeit. Im März 1968 und im Dezember 1970 kam es in Polen zu antikommunistischen Ausschreitungen mit mehreren Toten, Verletzten und Verhafteten. Als die ZNAK-Abgeordneten die brutale Unterdrückung der Proteste 1968 verurteilten, wurden sie zum Objekt einer intensiven Hasskampagne des Regimes.³³ Neben diesen Ereignissen, in die kirchliche Kreise mehr oder weniger involviert waren, beschäftigten auch die Ereignisse in Prag und die Intervention der »Bruderländer« 1968 die polnischen Katholiken sehr. Durch all diese Ereignisse wurde man sehr beansprucht und zudem ständig daran erinnert, dass man sich unter der Regierung des kommunistischen Regimes auf einem schmalen Grat zwischen der launischen Toleranz und drohenden Repressalien befand. Bereits die Tatsache, dass Polen kein demokratischer Staat war und die Katholiken nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten hatten, erschwerte jegliche Versöhnungsinitiativen sehr.

28 Heller, S. 123.

29 Ebd., S. 129 f.

30 Stehle, *Versuchen*, S. 79.

31 Erklärung der deutschen Bischöfe vom 4. März 1966, in: *Albert*, S. 20 f.

32 Bamberger Erklärung vom 13.–17.7.1966, in: *Albert*, S. 24.

33 Siehe dazu *Andrzej Friszke*, *Oaza na Kopernika. Klub Inteligencji Katolickiej 1956–1989*, Warszawa 1997, S. 98: »eine wahre Vorstellung des Hasses. Solche Szenen sah man im Parlament seit 1947 nicht mehr«.

Die Handlungsmöglichkeiten des ZNAK-Milieus waren zusätzlich durch Reibungen mit der Kirchenleitung und durch innere Konflikte eingeschränkt. Die Beziehungen zwischen dem theologisch konservativen und politisch geschickten Primas Wyszyński und dem theologisch liberalen und politisch manchmal etwas blauäugigen ZNAK waren niemals besonders gut, sie verschlechterten sich aber im Zeitraum 1966–1972 zusätzlich.³⁴ Außerdem war das ZNAK-Milieu durch starke innere Konflikte geschwächt, die erst 1972 an ihrer Intensität verloren, letztlich aber zur Spaltung der ZNAK-Bewegung führten.³⁵

III. DIE POLNISCHE KIRCHE UND DEUTSCHLAND 1966–1972

1. Der polnische Episkopat

Am 7. Dezember 1965, zwei Tage nachdem die deutsche Antwort auf den Brief der polnischen Bischöfe der Öffentlichkeit vorgestellt worden war, nahm der polnische Episkopat Stellung dazu. In einem Kommuniqué begrüßte man die Antwort der deutschen Bischöfe als »positiv«, gleichzeitig gab man zu, dass es bei der Beurteilung der historischen Fragen und vor allem des Problems des Rechts der Vertriebenen auf ihre Heimat »gewisse Differenzen« zwischen deutschen und polnischen Bischöfen gebe.³⁶ Bereits acht Tage später äußerte sich der polnische Episkopat erneut zum Briefwechsel. In einem Kommuniqué wurde festgestellt, dass der polnische Brief keinen politischen, sondern einen religiösen Charakter gehabt habe. Man betonte zudem, dass der Brief »auf dem Standpunkt der Unantastbarkeit der Westgrenze Polens« gestanden habe, und dass »zwei Drittel des Textes einer Aufzeichnung der schmerzlichen Beziehungen Deutschlands zu Polen gewidmet sind.«³⁷

Die beiden wichtigsten Kirchenmänner Polens, die Kardinäle Stefan Wyszyński und Karol Wojtyła äußerten sich Ende 1965 noch einmal zu dem Briefwechsel in ihren Predigten. Wyszyński marginalisierte dabei die Schlüsselformel des polnischen Briefs »wir vergeben und bitten um Vergebung« und betonte vielmehr, dass die polnischen Bischöfe ihren deutschen Amtsbrüdern »alle Schmerzen erwähnen mussten, die uns von ihrer Nation zugefügt wurden.«³⁸ Wojtyła verteidigte dagegen die Vergebungsbereitschaft der polnischen Bischöfe als eine genuin christliche Haltung. Die Bitte um Vergebung erklärte der spätere Papst mit dem Hinweis, dass »es taktlos wäre«, den deutschen Bischöfen »viele unangenehme Sachen« zu sagen und gleichzeitig selbst nicht um Vergebung zu bitten, zumal es unter Menschen immer etwas gäbe »was sie sich gegenseitig verzeihen könnten.«³⁹

Der eigentliche Autor des polnischen Briefs, Erzbischof Bolesław Kominek, setzte sich mit dem Briefwechsel ebenfalls in einer Predigt auseinander. Als Motive des Briefs nannte er die Notwendigkeit, die Deutschen für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu gewinnen sowie die Verpflichtung der Christen zur Vergebung.⁴⁰ Kominek gab außerdem

der ARD ein Fernsehinterview, worin er noch einmal betonte, dass der polnische Brief »kein politisches Dokument« gewesen sei und dass die polnischen Bischöfe keineswegs bereit seien, die Korrektur der Oder-Neiße-Grenze in Erwägung zu ziehen. Vor diesem Hintergrund lobte der Erzbischof ausdrücklich die EKD-Ostdenkschrift von 1965, in der für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze plädiert wurde als »den mutigsten Vorstoß von allen bisherigen.« Er stellte zwar fest, dass die deutschen Bischöfe »in derselben Richtung vorzugehen scheinen«, fügte aber hinzu, dass sich die polnischen Bischöfe freuen würden, »wenn wir bessere Ergebnisse daraus folgern sehen.«⁴¹ In einem etwas späteren Stern-Interview äußerte Kominek seine Enttäuschung über die Haltung der deutschen Bischöfe erneut: »Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn unsere deutschen Amtsbrüder noch ein zweites klärendes Wort gesprochen hätten, wenn sie ihr Verständnis für unser Existenzrecht an Oder und Neiße unmissverständlich ausgedrückt hätten – aber wir sind ja alle nicht unfehlbar.«⁴²

Inzwischen relativierte der polnische Episkopat in einem Hirtenbrief die Bitte an die Deutschen um Vergebung. Die Bischöfe stellten fest, dass die Polen keinen Grund hätten, die Deutschen um Verzeihung zu bitten, weil sie »als Volk über Jahrhunderte dem deutschen Volk kein [...] Unrecht zugefügt haben«. Die Bischöfe erklärten, dass sie in ihrem Brief nur um die Vergebung eventueller individueller Schuld mancher Polen gebeten hätten.⁴³ Bereits früher relativierte Kominek auch das im polnischen Brief ausgedrückte Versöhnungsangebot an die Deutschen: »Vergabung und Verzeihung betreffen nur [...] die Bußfertigen, die sich wirklich zur Schuld bekennen. Wo kein Schuldbekennnis ist, ist auch keine Vergebung.«⁴⁴

Am 3. Mai 1966 kehrte jedoch der polnische Episkopat zum ursprünglichen Vergebungsanspruch des Briefes vom November 1965 zurück. In seiner Predigt während der zentralen Feierlichkeiten anlässlich des Millenniums der Taufe Polens betonte Primas Wyszyński nämlich die christliche Vergebungspflicht und sagte unter Berufung auf den Briefwechsel: »Im Zeichen jenes am schwersten zu erringenden Sieges, des Sieges über uns selbst, vergeben wir, die polnischen Bischöfe mit dem Volk Gottes!« Hunderttausende Teilnehmer der Feierlichkeiten wiederholten spontan: »Wir vergeben!« und bestätigten ihre Vergebungsbereitschaft mit einem lang anhaltenden Beifall.⁴⁵

Die weitgehende Relativierung der radikalen Gedanken des Briefes vom November 1965 durch die polnischen Bischöfe ist vor dem Hintergrund der Reaktionen auf diesen Brief in Polen und Deutschland zu verstehen. Die Wucht der von den Kommunisten entfachten antikirchlichen Offensive erschreckte die Bischöfe ebenso, wie die ausgesprochen negative Reaktion der zahlreichen polnischen Katholiken. Die Gefahr einer Kirchenverfolgung und zugleich einer Entfremdung zwischen Episkopat und Kirchenvolk schien real zu sein. Angesichts dieser Gefahren bemühten sich die Bischöfe, ihre als anstößig eingeschätzten Aussagen abzuschwächen. Dadurch hoffte man, der kommunistischen Kritik zu entgehen und zugleich das Vertrauen des Kirchenvolkes zurück zu gewinnen.

Über die antikirchlichen Schritte der Kommunisten und die negative Haltung des Kirchenvolkes hinaus resultierte die Rücknahme der Versöhnungsbitte und die anfängliche Relativierung des Versöhnungsangebots auch aus den kühlen Reaktionen in der Bundesrepublik (Kominek: »Vergabung und Verzeihung betreffen nur [...] die Bußfertigen«). Wie Edith Heller treffend feststellte, lässt bereits das Kommuniqué des polnischen Episkopats

41 Interview vom 10.1.1966, abgedruckt in: Oskar Golombek (Hrsg.), Die katholische Kirche und die Völker-Vertreibung, Köln 1966, S. 227–230.

42 Stern Nr. 17, 18 April 1966.

43 Hirtenbrief, 10.2.1966, auszugsweise in deutscher Übersetzung veröffentlicht in: Albert, S. 23.

44 Interview vom 10.1.1966, abgedruckt in: Golombek, S. 227–230.

45 Mehr dazu bei Heller, S. 170 f.

34 Wie ernst die ZNAK-Leute ihre innerkirchliche Situation bewerteten, bezeugt die Aussage des prominenten ZNAK-Vertreters, Bohdan Cywiński, aus dem Jahr 1968: »Der Dialog wird abgelehnt, die uns bekannten Aussagen haben einen apodiktischen Charakter [...]. Alles macht den Eindruck eines um jeden Preis geführten Kampfes mit einem innerkirchlichen Feind. [...] Unsere Lage ist sehr schwer.« Zit. in: Friszke, S. 108. Mehr dazu: Ebd. 107 f.

35 Mehr dazu in ebd., S. 91–100, 113 f., 129–135.

36 Kommuniqué vom 7.12.1965, in deutscher Übersetzung in: Stimmen der Weltkirche Nr. 4 (1978).

37 Kommuniqué vom 15.12.1965, in deutscher Übersetzung in: Gerhard Albert (Hrsg.), Versöhnung aus der Kraft des Glaubens. Analysen, Dokumente, Perspektiven, Bonn 1985, S. 18 f.

38 Predigt vom 19.12.1965, in deutscher Übersetzung in: Wyszyński, S. 175.

39 Predigt vom 25.12.1965, in: Tygodnik Powszechny Nr. 47 vom 24.11.1985.

40 Predigt vom 6.2.1966, auszugsweise zitiert und kommentiert bei Heller, S. 166 f.

vom 7. Dezember 1965 die nur mäßig verborgene Enttäuschung erkennen: Die deutsche Antwort wurde »gerade noch« für positiv eingeschätzt, »kein Wort von Freude oder gar Dankbarkeit.«⁴⁶ Dass eine tiefe Enttäuschung tatsächlich vorhanden war, beweisen die oben zitierten Aussagen von Kominek im ARD- und Stern-Interview vom Jahre 1966 sowie vor allem spätere Äußerungen der polnischen Amtsträger, die noch vorgestellt werden.⁴⁷

Unter Berücksichtigung der antikirchlichen Offensive der Kommunisten, der Gemütslage zahlreicher Gläubiger und der tiefen Enttäuschung der polnischen Bischöfe über die deutsche Antwort auf ihren Brief, muss die Rückkehr der polnischen Kirchenführung zum Vergebungsangebot am 3. Mai 1966 als ein sehr beachtenswerter Schritt bewertet werden. Dass der Primas dabei nur das Vergebungsangebot und nicht die Vergebungsbitte aussprach, muss vor dem Hintergrund der Reaktionen auf den polnischen Brief in Deutschland und unter Berücksichtigung der Einstellung polnischer Katholiken beurteilt werden. Selbst das Vergebungsangebot an die lange Zeit verhassten Deutschen verlangte von ihnen eine starke Überwindung, die Bitte um Vergebung hielten sie für eine Zumutung. Wyszyński wusste anhand der früheren Reaktionen auf den Brief, wo die Grenzen des Erreichbaren lagen.

Das Ende der antikirchlichen Kampagne der Kommunisten Mitte 1966 bewirkte keinen Durchbruch in den Beziehungen zwischen den deutschen und polnischen Bischöfen. Den Stolperstein auf dem Weg zur Annäherung stellte nach wie vor die Oder-Neiße-Frage dar. Sie determinierte die gesamten deutsch-polnischen Bischofsbeziehungen.

Im März 1968 wurde in der Bundesrepublik das Bensberger Memorandum veröffentlicht, in dem sich 160 katholische Intellektuelle für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Normalisierung der seit 1945 nur vorläufigen polnischen Kirchenverwaltung in den Oder-Neiße-Gebieten aussprachen. Kardinal Wyszyński richtete an die Autoren des Memorandums einen Brief, in dem er ihnen im Namen des gesamten polnischen Episkopats für ihren »christlichen Mut«, »ehrlichen guten Willen«, »internationalen Weitblick«, ihr »hohes christliches Verantwortungsbewusstsein« und »kühnes Zeugnis für das Evangelium Christi« herzlich dankte. Der Primas fügte noch hinzu, dass das »wohldurchdachte Memorandum« vom »Geist des Evangeliums« und des Zweiten Vatikanischen Konzils getragen sei.⁴⁸ Dieser Dankesbrief, das überschwängliche Lob Wyszyńskis und die gezielten Verweise auf christliche Ethik und den Geist des Konzils müssen als versteckte aber deutliche Kritik der deutschen Bischöfe interpretiert werden. Zu Recht stellte daher ein Zeitzeuge fest, dass erst das Bensberger Memorandum von den polnischen Katholiken als die »ausreichende Antwort auf das Briefangebot des polnischen Episkopats« betrachtet wurde.⁴⁹

Zwei Jahre später, nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine neue Polenpolitik angekündigt hatte, übermittelte Erzbischof Kominek allen christdemokratischen Parteien

46 Ebd., S. 156.

47 Es ist zu vermuten, dass besonders enttäuschend für die polnischen Bischöfe die Beharrlichkeit ihrer deutschen Amtsbrüder auf ihrer Linie war, die selbst angesichts der Ausmaße der antikirchlichen Kampagne in Polen unerschüttert blieb. Hansjakob Stehle berichtet, dass er sich Anfang 1966 im Auftrag von Kominek mehrmals telefonisch an Kardinal Döpfner gewandt habe, weil der polnische Erzbischof den Kardinal dringend um einen alleinigen oder gemeinsamen Fernsehauftritt bat, »um die böswillige Interpretation des Briefwechsel durch die Warschauer Kommunisten zurechtzurücken und so den bedrängten polnischen Bischöfen beizustehen. Kardinal Döpfner lehnte dies ohne Angabe von Gründen ab.« Erst dann habe sich Kominek für sein ARD-Solointerview entschieden. Stehle, Versuchen, S. 82.

48 Brief vom 12.9.1968, veröffentlicht in: Golombek, S. 173.

49 Manfred Seidler, Das Polenmemorandum des Bensberger Kreises. Wirkung in Deutschland und Polen, in: Pflüger/Lipscher, S. 103–112, hier: S. 108.

der Welt ein 10-Punkte-Dokument. Darin kritisierte der spätere Kardinal die Polenhaltung der Union scharf. Sie habe während ihrer langen Regierungszeit nichts für die deutsch-polnische Aussöhnung getan und nach ihrem Machtverlust die neue, versöhnliche Politik der sozial-liberalen Koalition bekämpft. Besondere Kritik ernteten die katholischen Politiker der CDU/CSU, denn selbst wenn aus den Reihen der Union positive Signale zu vernehmen seien, dann stets seitens evangelischer Politiker. In der neu verkündeten Polenpolitik erblickte Kominek lediglich eine »taktische Wendung«.

Am Rande übte der Erzbischof auch Kritik an seinen deutschen Amtsbrüdern. Er fragte, warum die evangelische Kirche auf den Brief des polnischen Episkopats von 1965 viel positiver reagiert habe als die katholischen Bischöfe. Er bedauerte auch die Gutheißung des Vorläufigkeitszustands in den Oder-Neiße-Diözesen durch die deutsche Kirchenleitung sowie die Tatsache, dass sie nur den Militär- und den Vertriebenenbischof für einen Besuch in Polen angeboten hätte. Solch eine Haltung würde den bekundeten Versöhnungswillen unglaublich machen. Angesichts des bevorstehenden Warschauer Vertrags beendet Kominek sein Dokument dramatisch:

»In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob der deutsche katholische Episkopat in diesem historischen Augenblick seine Zurückhaltung und sein Schweigen bricht und [...] die Gewissen der Verantwortlichen aufrüttelt und ob katholische Politiker wie beim Ermächtigungsgesetz 1933 ihr Gewissen hinter der Fraktionsdisziplin verstecken.«⁵⁰

Es ist erstaunlich, wie sehr Kominek in diesem Dokument den diplomatischen Stil der bisherigen Äußerungen verließ und nicht nur die deutschen Christdemokraten, sondern auch die Bischöfe schroff kritisierte. Noch erstaunlicher ist aber die von Hansjakob Stehle übermittelte Information, dass der spätere Kardinal ein Jahr zuvor mit Billigung von Primas Wyszyński vertraulichen Kontakt mit den Vertretern der sozial-liberalen Koalition aufnahm. Ende November 1969 kam es in Rom zu zwei Begegnungen Komineks mit Herbert Wehner und Georg Leber. Man diskutierte darüber, was die Kirche tun könne, um die politischen Verhandlungen zwischen Bonn und Warschau zu erleichtern, wie man die deutschen Bischöfe überzeugen könne, die neue Bonner Ostpolitik zu unterstützen, sowie auf welche Weise man die kommenden politischen Verhandlungen mit einer Regelung des Zustands der Oder-Neiße-Diözesen verbinden könne.

Bedenkt man das konservative Weltbild Wyszyńskis, versteht man die Außergewöhnlichkeit seiner Zusammenarbeit mit einer linken Partei, die er in vielerlei Hinsicht für »gottlos« halten musste. Diese Zusammenarbeit, unter Umgehung der scheinbar nächsten Verbündeten, der deutschen Bischöfe, veranschaulicht, wie zentral das Oder-Neiße-Problem für die polnische Kirchenleitung war, und wie determiniert sie war, es zu lösen.

Noch mehr an Brisanz gewann die Oder-Neiße-Frage Mitte 1970, als die Bundesregierung Verhandlungen mit der Sowjetunion bereits aufgenommen hatte, mit Polen aber noch nicht. Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen wurden in Polen mit Angst verfolgt, denn die schlimmsten Ereignisse der polnischen Geschichte, die Auslöschung des Staates am Ende des 18. Jahrhunderts, die erneute Teilung Polens 1939, die immensen Verluste in den Jahren 1939–1945 und mittelbar auch die spätere Beherrschung durch die Sowjetunion, resultierten eben aus deutsch-russischen Vereinbarungen. Auch Primas Wyszyński befürchtete, dass es erneut zu einem Kompromiss der mächtigen Nachbarn auf Kosten Polens kommen könnte, wobei die Oder-Neiße-Gebiete zum Handelsobjekt werden könnten. Seine Besorgnis signalisierte er über die deutschen Kontaktpersonen Komineks der Bonner Regierung. Gleichzeitig legte Wyszyński den deutschen Regierungskreisen nahe, anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Willy Brandt beim Papst im Juli 1970 den Vatikan dazu zu bewegen, die Kirchenverhältnisse in den Oder-Neiße-Gebieten zu regeln. Vertreter

50 Dokument vom 28.10.1970, veröffentlicht in: Stehle, Seit 1960, S. 164.

der Bundesregierung teilten in ihrer Antwort mit, dass die Frage der Oder-Neiße-Diözesen auf Grund einer »böswilligen Agitation« von Seiten »der CDU, der Flüchtlingsverbände und selbst einiger Bischöfe« nicht habe erledigt werden können. Gleichzeitig informierte die deutsche Seite den Primas, dass die Absicht der Bundesregierung, zuerst den Vertrag mit Warschau und erst dann mit Moskau zu unterzeichnen, am Widerstand der Sowjetunion gescheitert sei.⁵¹

Der zutiefst beunruhigte Wyszyński unternahm daraufhin noch einen Versuch, die deutsche Kirchenleitung zur Revidierung ihrer Vorgehensweise in der Oder-Neiße-Frage zu bewegen. Am 14. Oktober 1970 traf er sich in Rom mit dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Julius Döpfner, stellte ihm die lange Geschichte der deutsch-russischen Übereinkünfte auf Kosten Polens detailliert dar (Katharina II., Friedrich II., Rapallo, Molotow-Ribbentrop-Abkommen) und teilte ihm seine Befürchtungen hinsichtlich der gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Verhandlungen mit.⁵² Da Wyszyński Döpfner nicht für die Unterstützung der Polenpolitik der Bundesregierung durch die deutsche Kirche gewinnen konnte, schrieb er ihm einen langen Brief, in dem er seine Argumente noch einmal vortrug und Döpfner um eine befürwortende Aussage im Bezug auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bat.⁵³

Nach Kominek gab nun auch Wyszyński offen zu, dass die deutsche Antwort auf den polnischen Bischofsbrief von 1965 die polnischen Bischöfe enttäuscht hatte. Die Tatsache, dass »Zeichen der Reue« für die Leiden der Polen und der Versöhnungswille vor allem seitens der deutschen Protestanten und nicht der Katholiken zu vernehmen seien, sei für die polnischen Katholiken »ein öffentliches Ärgernis.«⁵⁴ Der polnische Primas schrieb:

»1. In dieser historischen Stunde erscheint zum ersten Mal, seit den furchtbaren Vorgängen vor fünfundzwanzig Jahren und der Entfremdung unserer Völker, die Möglichkeit einer Regelung der Lebensfragen des polnischen Volkes und Staates. Darf da die bischöfliche Führung in der Bundesrepublik beiseite stehen? In unserem Briefwechsel von 1965 haben wir, im Geiste des Evangeliums und des Konzils, um gegenseitige Versöhnung gebeten. Heutzutage wird um die konkrete, politische Konsequenz dieser Gesinnung zwischen unseren Völkern gerungen. Mir scheint es die Aufgabe der Kirche zu sein, die staatliche Leitung auf die Wichtigkeit der kommenden Entscheidung aufmerksam zu machen, so dass wir an diesem historischen Ereignis nicht vorbeilaufen oder zurückbleiben. Ich glaube, Herr Kardinal, dass dies mit »POLITIK« garnichts zu tun hat. Es handelt sich einfach um die seelsorgerische Pflicht unserer Episkopate.

Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, dass die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief [von 1965] nicht nur die Polen, sondern auch die Weltmeinung enttäuscht hat. Unsere so herzlich ausgestreckte Hand wurde nicht ohne Vorbehalt angenommen. Wir oft hörten wir unsere Priester und Laien uns den Vorwurf machen, daß unseres, durch Christenliebe diktierten Entgegenkommen, auf Politik gestoßen hat!

2. Dies ist desto trauriger, daß die deutschen Protestanten dem katholischen Polen in einer viel mehr evangelischen Gesinnung entgegenkommen und daß gerade sie Zeichen der Reue für alles was wir im Kriege erlitten haben und des Versöhnungswillens im Namen unseres Heilands immer öfter darbieten. Für unser katholisches Volk ist es ein öffentliches Ärgernis, es kann eben nicht verstehen, daß die deutschen Amtsbrüder des polnischen Episkopats in dieser Hinsicht so [...] zurückbleiben. Und doch handelt es sich, ich wiederhole es mit Nachdruck, nicht um Politik, sondern um jene evangelische Gesinnung die AUCH der Politik dienen kann und soll.

51 Stehle, Seit 1960, S. 166.

52 Andrzej Micewski, Stefan Kardinal Wyszyński, Primas von Polen. Eine Biographie, Mainz 1990, S. 293.

53 Hansjakob Stehle, Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970–1971, in: VfZ 31. Jg., 1983, S. 536–553; hier S. 544; wieder abgedruckt bei: Hans-Adolf Jacobsen/Mieczysław Tomala (Hrsg.), Bonn-Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, Köln 1992, S. 209–211.

54 Stehle, Briefwechsel, S. 546.

3. »Verzeihen« heißt leider nicht »vergessen« und die immer gründlichere Studien und Dokumente die in Polen veröffentlicht werden erinnern auch die junge Generationen an die Wunden die noch nicht vernarbt sind, an die Verluste die jede polnische Familie erlitten hat. Desto mehr erwartet das polnische Gottesvolk Verständnis und evangelisches Entgegenkommen von der Seite des deutschen Episkopats, durch ein klares und öffentliches »engagement« auf Grund unseres gemeinsamen Glaubens.

Es leben noch viele in Polen die Augenzeugen der furchtbaren Ereignisse gewesen sind. Ich selbst habe Massenexekutionen von Geiseln gesehen, die man gefesselt, den Mund mit Gips geknebelt, durch Warschauer Straßen zum Mordplatz schleppte. Als Lubliner Bischof habe ich große Haufen von Kindergerippen gesehen (Zamosc, Rozaniec...). So etwas kann man nicht vergessen, wohl aber um unseres Heilandswillen verzeihen. Nun aber müssen diejenigen, die im Namen des Völker- und Gottesrechtes auch eine gewisse Mitverantwortung dafür tragen, uns helfen zu verzeihen und vielleicht, mit der Zeit, zu vergessen.«⁵⁵

Im weiteren Verlauf des Briefes betonte der polnische Kardinal, dass die Grenzfrage für die Polen eine »Lebensfrage« sei, und »dies gerade darf die katholische Kirche in der Bundesrepublik nicht vergessen.« Polen habe aufgrund des von Deutschland entfachten Zweiten Weltkriegs und des gegen Polen gerichteten deutsch-sowjetischen Bündnisses seine Ostgebiete verloren, auch die früheren Teilungen Polens seien »durch geheime Verträge zwischen Deutschland und Russland beschlossen worden.« Deswegen werde befürchtet, dass die mächtigen Nachbarn erneut einen Ausgleich auf Kosten Polens suchen könnten und Polen infolge gegenwärtiger deutsch-sowjetischer Verhandlungen die neuen Westgebiete verlieren könne. Auch deshalb »braucht man dringend Zeichen guten Willens«, die beweisen würden, »dass Polen wirklich vom Westen nicht bedroht ist.«

Der Primas stellte fest, dass das Provisorium in der Regelung der kirchlichen Organisation in den Oder-Neiße-Gebieten »der hemmenden Tätigkeit des deutschen Episkopats« zugeschrieben wird, was leider »kein Fortschritt auf dem Weg zur Versöhnung und friedlicher Zusammenarbeit« sei. Abschließend betonte Wyszyński, dass die polnischen Bischöfe »die ausgestreckte Hand [...] niemals zurückgezogen« hätten und »inbrünstig eine neue Wendung in der Geschichte unserer Völker« wünschten. Dazu seien jedoch »ZEICHEN GUTEN WILLENS und WAHRER FREUNDSCHAFT« notwendig.⁵⁶

Kardinal Döpfner antwortete in einer sehr herzlichen Form und betonte den Versöhnungswillen der deutschen Katholiken, gleichzeitig lehnte er aber die Unterstützung der Ostpolitik durch die deutsche Kirche entschieden ab. Die deutschen Bischöfe dürften sich »nicht in konkrete politische Auseinandersetzungen hineinziehen lassen«, zumal die Ostpolitik unter den deutschen Katholiken umstritten sei.⁵⁷ »Jedenfalls ist eine friedfertige Haltung in unserem Volk wichtiger als ein konkreter Vertrag.« Seit Jahren würden sich die Bischöfe »um ein kontinuierliches Reifen dieser Friedenseinstellung unseres Volkes« bemühen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz gab zu, dass der deutsche Antwortbrief von 1965 »verhaltender, reservierter wirkt« als der polnische. Er erklärte es jedoch mit der Rücksicht der deutschen Bischöfe auf die Vertriebenen, die nicht dazu verleitet werden dürften, auf nationalistische und revanchistische Positionen überzugehen. Eben deshalb hätten die Bischöfe »speziell bezüglich der Grenzfrage« kaum »wesentlich anders« schreiben können. Döpfner stimmte Wyszyński ebenfalls zu, dass die deutschen Protestanten im Bezug auf Polen aktiver und offensiver gewesen seien, aber es sei fraglich, ob die entschiedenen Initiativen tatsächlich zum »Ausreifen der Frage im Bereich der evangelischen Kirche« beigetragen hätten. Außerdem seien »dort Gegensätze aufgebrochen, die bei uns vermieden wurden.« Anschließend betonte Döpfner, dass es ein Wunsch

55 Ebd., S. 545 f. (Sprachliche Korrekturen am Text wurden nicht vorgenommen.)

56 Brief vom 5.11.1970, in: ebd., S. 545 ff.

57 Brief vom 14.12.1970, ebd., S. 548 ff. Hier auch die folgenden Zitate.

der deutschen Bischöfe sei, »dass mit einer endgültigen Regelung der kirchlichen Verhältnisse [in den Oder-Neiße-Gebieten] keinen Augenblick länger gezögert wird, als dies von politischen Voraussetzungen her notwendig ist.«⁵⁸

Dieser und ein zweiter Brief Kardinal Döpfners blieben ohne Antwort des polnischen Primas.⁵⁹ Zwar fand im Oktober 1971 in Rom ein weiterer wichtiger Meinungsaustausch zwischen den beiden Kardinälen statt, der vermutlich im Zusammenhang mit der vom Vatikan in Aussicht genommenen Neuregelung der Diözesangrenzen stand.⁶⁰ Die endgültige Regelung der Diözesangrenzen wurde kurz nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrags durch den Bundestag im Juni 1972 seitens des Vatikans (in enger Abstimmung mit der Bundesregierung) verfügt.⁶¹ Die Regelung war somit eine Konsequenz des Warschauer Vertrags nicht jedoch die Folge eines kirchlichen Versöhnungsakts, »wie Wyszyński [es] gewünscht hatte.«⁶²

Insgesamt ist festzustellen, dass es bei den Aussagen und Handlungen des polnischen Episkopats zu deutsch-polnischen Themen zwei Etappen gab. Die erste dauerte bis Mitte 1966 und stand unter dem Zeichen der Auseinandersetzung mit dem Briefwechsel von 1965. Die zweite, längere Etappe umfasste den Zeitraum zwischen Mitte 1966 und 1972 und war durch die mit dem Warschauer Vertrag zusammenhängenden Fragen dominiert.

In der ersten Etappe versuchten polnische Bischöfe die zentrale Aussage des Briefes an die deutschen Bischöfe »wir vergeben und bitten um Vergebung« deutlich abzuschwächen. Ihre Interpretationen blieben »hinter dem geleisteten Werk zurück«,⁶³ weil sie sowohl das Vergebungsangebot, als auch vor allem die eigene Vergebungsbitte weitgehend relativierten. Letzten Endes kehrte aber die polnische Kirchenführung zumindest teilweise zur ursprünglichen Radikalität der Briefaussagen zurück, indem Primas Wyszyński während der zentralen Millenniumsfeierlichkeiten die Gläubigen zur Vergebung den Deutschen aufrief. Die spontane Zustimmung der Hunderttausenden von Teilnehmern bedeutete eine Übertragung der Briefwechselidee von der Kirchenleitung auf weite Teile des polnischen Kirchenvolks. Gleichzeitig klammerte der Primas die noch viel radikalere Vergebungsbitte an die Deutschen völlig aus. Insofern kann nur von einer partiellen Rückkehr zu der Radikalität des Briefes von 1965 gesprochen werden. Ausschlaggebend für das Vorgehen des polnischen Episkopats in dieser ersten Etappe waren die massive antikirchliche Kampagne der Kommunisten, die anfänglich negative Aufnahme der Versöhnungsidee im polnischen Kirchenvolk und die als enttäuschend eingeschätzte Reaktion der deutschen Seite.

In der zweiten Etappe waren die deutsch-polnischen Beziehungen auf der Bischofs-ebene durch die Oder-Neiße-Frage völlig determiniert. Mehr oder weniger direkt kritisierten die polnischen Bischöfe den Antwortbrief und die spätere Haltung ihrer deutschen Amtsbrüder, weil diese sich nicht für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und für die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in den Oder-Neiße-Gebieten aussprachen. Die polnischen Bischöfe, vor allem Primas Wyszyński, versuchten auch die deutsche Kirchenleitung aufdringlich, »fast flehentlich«,⁶⁴ dazu zu bewegen, sich zu der neuen Ostpolitik der Bundesregierung affirmativ zu äußern und ihr somit zumindest innenpolitisch zum Erfolg zu verhelfen. Der Misserfolg dieser Bemühungen und das exotische Bündnis zwischen dem konservativen polnischen Primas Wyszyński und der SPD-Spitze veranschau-

58 Ebd., S. 550.

59 Ebd., S. 551 f.

60 Ebd., S. 545.

61 Ebd.

62 So Stehle, Briefwechsel, S. 545.

63 Heller, S. 166.

64 Hansjakob Stehle, »Versuchen wir zu vergessen«. Warum deutsche Bischöfe nicht gleich in die Hand der Polen einschlugen, in: Pflüger/Lipscher, S. 74–89, hier: S. 87.

lichen, wie weit die deutsche und polnische Schwesterkirche trotz des Briefwechsels von 1965 voneinander entfernt waren.

2. Die ZNAK-Gruppen

Im der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums kam es zu einigen Begegnungen der führenden ZNAK-Mitglieder mit deutschen Katholiken. In der ersten Maihälfte 1969 weilte auf Einladung des DDR-Zweiges der Aktion Sühnezeichen eine dreiköpfige Delegation von *Tygodnik Powszechny*, darunter Jerzy Turowicz und Mieczysław Pszon, in der DDR. Pszon lobte im Nachhinein die Gastgeber als »gastfreundlich, ehrlich freundschaftlich, bereit zum offenen Dialog.« Er betonte aber, dass die begegneten Personen »nicht repräsentativ für die gesamte Bevölkerung der DDR« seien. Die Delegation wurde von den Amtsträgern von Berlin, Erfurt und Magdeburg empfangen.⁶⁵

Anfang April 1970 besuchte auf Einladung von ZNAK eine siebenköpfige Delegation des Bensberger Kreises für elf Tage Polen. Stanisław Stomma berichtete, dass die polnischen Gastgeber »viele Begegnungen und Diskussionen« mit den Gästen gehabt hätten. Stomma betonte auch die große Freundlichkeit und Sympathie der Bensberger gegenüber Polen.⁶⁶

Ende Mai/Anfang Juni 1970 weilten drei Mitarbeiter des *Tygodnik Powszechny* auf Einladung der Katholischen Nachrichtenagentur in der Bundesrepublik, darunter Józefa Hennelowa und Mieczysław Pszon. Die Gastgeber begründeten ihre Einladung mit dem Wunsch, den polnischen Gästen die deutsche Kirche vorzustellen. Unter zahlreichen Begegnungen ist vor allem die Audienz bei Kardinal Julius Döpfner hervorzuheben.⁶⁷

In der zweiten Maihälfte 1971 reisten auf Einladung von ZNAK sechs Vertreter des Präsidiums der deutschen Pax-Christi-Sektion nach Polen. Die Gäste wurden vom Primas Wyszyński, Kardinal Wojtyła und Erzbischof Kominek empfangen. Sie besuchten die Redaktionen der ZNAK-Medien, das Auschwitz-Museum und das nationale Marienheiligtum in Tschenstochau und sie hielten Vorträge in den Klubs der Katholischen Intelligenz, an der Katholischen Universität Lublin und in der Theologischen Akademie in Warschau.⁶⁸

Besondere Beachtung verdienen beide Deutschland-Reisen von Stanisław Stomma, der 1969 als Vertreter des *Tygodnik Powszechny* auf Einladung des Bensberger Kreises und 1971 als Parlamentarier im Rahmen einer Sejm-Delegation die Bundesrepublik besuchte. Die Kontakte Stommas reichten weit über katholische Kreise hinaus. So hielt er während seiner Reise 1969 nicht nur vier Vorträge in katholischen Einrichtungen und nahm an einer Tagung des Bensberger Kreises teil, sondern führte auch politische Gespräche mit dem Minister Georg Leber, den CDU-Politikern Helmut Kohl, Ernst Majonica und Werner Marx und vor allem mit dem deutschen Bundespräsident Gustav Heinemann.⁶⁹

65 Mieczysław Pszon, Z wizytą u niemieckich chrześcijan. *Tygodnik Powszechny* Nr. 21, 25.5.1969.

66 Stanisław Stomma, »Bensberger Kreis« w Polsce. *Tygodnik Powszechny* Nr. 17, 26.04.1970. Siehe auch einen kurzen Teilnehmerbericht von Manfred Seidler, Das Polenmemorandum des Bensberger Kreises. Wirkung in Deutschland und Polen, in: Friedbert Pflüger/Winfried Lipscher (Hrsg.), Feinde werden Freunde. Von den Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Bonn 1993, S. 9–12.

67 Wizyta w NRF. *Tygodnik Powszechny* Nr. 26, 28.6.1970. Später veröffentlichte Józefa Hennelowa ihre Eindrücke von dieser Reise: Józefa Hennelowa, 16 dni w NRF. *Tygodnik Powszechny* Nr. 27, 5.7.1970.

68 Wizyta »Pax Christi« z NRF. *Tygodnik Powszechny* Nr. 22, 30.5.1971. Siehe auch einen kurzen Teilnehmerbericht von Wilhelm de Schmidt, Versöhnung mit Polen, in: Heinrich Fries/Ulrich Valeske (Hrsg.), Versöhnung. Gestalten, Zeiten, Modelle, Frankfurt/Main 1975, S. 145–153, hier: S. 150 f.

69 Stomma war der erste Pole, der von einem Bundespräsidenten empfangen wurde. Mehr zu den beiden Deutschlandaufenthalten Stommas bei Pailer, S. 111–116.

Im Januar 1971 wurde Stomma als Mitglied einer polnischen Parlamentarierdelegation u. a. vom Bundeskanzler Brandt und erneut von Bundespräsident Heinemann empfangen. Einen dramatischen Verlauf hatte die Begegnung mit einer größeren Gruppe von CDU-Politikern. Als während des Gesprächs zunehmend klar wurde, dass die CDU gegen die Ratifizierung des Warschauer Vertrags stimmen würde, kritisierte Stomma diese Absicht scharf. Er verstehe nicht, wie die Union es wagen könne, »eine schreckliche Verantwortung dafür zu übernehmen, dass der Versuch der beiden Völker, sich zu verständigen, zu nichte gemacht wird.« Sollte das Werk der Bundesregierung von der CDU zerstört werden, wird sich die Hoffnung der Polen auf die Verständigung mit den Deutschen »als Hirnspinnst und als Missverständnis« herausstellen.⁷⁰

Abgesehen von diesen persönlichen Kontakten, sind vor allem die zahlreichen Veröffentlichungen der ZNAK-Medien zu deutsch-polnischen Fragen von Bedeutung. Die ZNAK-Presse thematisierte dabei vor allem die historische und aktuelle Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen sowie die Oder-Neiße-Frage. Die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte stellte sie dabei als eine Geschichte der ständigen deutschen Unterjochungs- und Vernichtungsversuche gegenüber Polen dar.⁷¹ Man widmete vor allem dem Zweiten Weltkrieg viel Aufmerksamkeit und schilderte in zahlreichen Texten die Leiden und Verluste Polens unter der deutschen Besatzung.⁷² Die seltenen Texte, in denen das Problem der Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen des Dritten Reiches thematisiert wurden, offenbarten, dass die ZNAK-Autoren nicht weit von der Kollektivschuldthese entfernt waren.⁷³ In einigen längeren Artikeln stellten sie zwar die deutschen, primär christlichen Widerständler vor und zollten ihnen Respekt, aber sie betonten dabei ausdrücklich, dass die Opposition quantitativ sehr schwach, und die überwiegende Mehrheit der Deutschen eindeutig nationalsozialistisch gewesen sei.⁷⁴

Viel Aufmerksamkeit schenkten die ZNAK-Medien den Oder-Neiße-Gebieten. Man betrachtete diese Gebiete dabei nicht primär als Entschädigung für die territorialen, menschlichen und materiellen Kriegsverluste Polens in den Jahren 1939–1945, sondern als urpolnische Gebiete, die von den Deutschen im Laufe der Geschichte geraubt, und 1945

70 Ebd., S. 120 f.

71 Siehe exemplarisch: *Tadeusz Chrzanowski*, Krzyżackie pogranicze. Tygodnik Powszechny Nr. 19, 12.5.1968; *Wojciech Kostkiewicz*, Powstanie Wielkopolskie, *Więź* Nr. 11 / 12 (1968), S. 169–182. Dabei muss man allerdings anmerken, dass mindestens einige der kritischen historischen Beiträge explizit als Reaktion auf die ebenfalls einseitige Geschichtswahrnehmung in Deutschland konzipiert waren. So z. B. der Text von *Czesław Deptuła*, Prawdziwe oblicze Zakonu Krzyżackiego, in: Tygodnik Powszechny Nr. 27, 6.7.1969, S. 1 f., in dem der Autor gegen die einseitig positive Sicht des Deutschen Ordens in Deutschland polemisiert. Die außerordentlichen Meinungsunterschiede über die Rolle des Deutschen Ordens waren eines der Hauptthemen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, vgl. dazu den Beitrag von Thomas Strobel in diesem Band.

72 Siehe dazu exemplarisch: *Ludwig Regorowicz*, Z profesorami UJ w Sachsenhausen. Tygodnik Powszechny Nr. 45, 9.11.1969; *Janina Decowa*: Tragedia w Leszczynach, *Więź*, Nr. 1 (1968), S. 138–141.

73 So meinte Mieczysław Pszon, dass Hitler keinen »Fremdkörper« im damaligen »deutschen Volkskörper« dargestellt habe und sein politisches Programm »in der Gesellschaft allgemein befürwortet« gewesen sei. *Mieczysław Pszon*, Na temat Hitlera. Tygodnik Powszechny Nr. 50, 14.12.1969.

74 Die wichtigsten Artikel: *Anna Morawska*, »Inne Niemcy« w Trzeciej Rzeszy. *Znak* Nr. 9 (1969), S. 1098–1137; *dies.*, Alfred Delp SJ, ebd., S. 1138–1153; *Stefan Wilkanowicz*, Czy warto poznać Bonhoeffera? Tygodnik Powszechny Nr. 34, 23.8.1970; *Anna Morawska*, Dietrich Bonhoeffer, *Znak* Nr. 10 (1968), S. 1340–1364. Aufmerksamkeit verdient ebenfalls die vom Breslauer KIK Anfang 1968 veranstaltete und Edith Stein gewidmete Tagung, an der Erzbischof Kominek eine Predigt hielt. Siehe den Bericht bei *Józef Pucilowski*, Edyta Stein, *Więź* Nr. 6 (1968), S. 135–138.

wiedergewonnen worden seien. In weitgehender Übereinstimmung mit der Propaganda der kommunistischen Regierung betonte auch die ZNAK-Presse immer wieder den polnischen Charakter dieser Gebiete und bemühte sich, dort Spuren des Polentums zu finden, um somit die These vom Raub und der Wiedergewinnung zu untermauern.⁷⁵

Der Briefwechsel der Bischöfe von 1965 wurde in den ZNAK-Medien zunächst kaum rezipiert. *Więź* und *Znak* äußerten sich gar nicht dazu, *Tygodnik Powszechny* beschränkte sich auf die Veröffentlichung einer Erklärung des ZNAK-Abgeordnetenkreises. Darin kritisierten die Abgeordneten den polnischen Brief und bedauerten die Passagen, »die von der Gesellschaft als schmerzhaft empfunden werden« und »falsch interpretiert werden konnten«. Die deutsche Antwort sei kein »Schritt nach vorne in Richtung einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen« gewesen, weil der deutsche Episkopat darin den Eindruck erweckt habe, »als ob er damit rechne, dass die Grenzfragen durch irgendeinen zukünftigen Kompromiss geregelt würden«. Trotz der kritischen Beurteilung des Briefwechsels riefen die Abgeordneten dazu auf, die Polemik einzustellen.⁷⁶

Im Gegensatz zu den Znak-Abgeordneten verteidigte der Chefredakteur des *Tygodnik Powszechny*, Jerzy Turowicz, die polnischen Bischöfe auf einer Sitzung der Nationalen Einheitsfront. Turowicz stellte fest, dass die Bischöfe als Christen das Recht gehabt hätten, ihren Brief zu schreiben und die Versöhnung mit den Deutschen anzustreben.⁷⁷

Nach der Veröffentlichung des Bensberger Memorandums (März 1968) nahmen die Veröffentlichungen der ZNAK-Medien zu den deutsch-polnischen Beziehungen immer stärker zu.⁷⁸ Das Memorandum wurde von den Chefredakteuren der Zeitschriften *Więź* und *Tygodnik Powszechny* ausführlich kommentiert. Tadeusz Mazowiecki entdeckte im Memorandum zwar strittige Aussagen, lobte es aber insgesamt als ein Dokument, das in den bisherigen Umgang des deutschen Katholizismus mit Polen »den Ton der moralischen Verantwortung für die Geschichte« einbringe. Mazowiecki stellte auch einen gravierenden Unterschied zwischen dem Antwortbrief der deutschen Bischöfe von 1965 und dem Memorandum fest: Während der Brief »im Einklang mit der bisherigen Tradition« verfasst worden sei, ginge das Memorandum »bedeutend weiter«. Leider hätten sich die deutschen Bischöfe von dem Memorandum distanziert, und auf ihrer wenig konstruktiven Haltung beharrt.⁷⁹

75 In *Więź* stellte man ohne Verwunderung fest, dass die Feierlichkeiten anlässlich des 700 Jahrestags der Kanonisierung der Hedwig von Schlesien in Triebnitz eigentlich nicht der Heiligen selbst gewidmet waren, sondern unter dem Zeichen »des Polentums der schlesischen Erde, auf der Hedwig lebte und arbeitete« standen. Siehe dazu: *Jan Miś*, Trzebnickie uroczystości, *Więź* Nr. 3 (1968), S. 139–141, Zitat S. 139. Auch die Tagung des Breslauer KIK anlässlich des 25 Jahrestages der Übernahme der Oder-Neiße-Gebiete durch Polen verlief unter dem Stichwort »Wir kamen hier nicht, sondern wir kehrten zurück.« Siehe den Bericht von *Józef Pucilowski* in: *Więź* Nr. 9 (1970), S. 127–131. Beispiele der »Spurensuche in den Oder-Neiße-Gebieten«: *Irena Dorejko*, Pierwsze chwile na odzyskanej ziemi, *Więź* Nr. 6 (1969), S. 153–159, hier: S. 156; Vgl. auch *Tadeusz Chrzanowski*, Śląskie złoto i srebro, Tygodnik Powszechny Nr. 33, 16.8.1970.

76 Erklärung vom 14.12.1965. Tygodnik Powszechny, 19.12.1965.

77 Sitzung vom 14.1.1966. Turowicz gehörte der Nationalen Einheitsfront als Vertreter des ZNAK-Milieus. Näheres zu den Reaktionen des ZNAK auf den Briefwechsel *Pailer*, S. 103 f.

78 Aus der Zeit vor März 1968 verdient ein langer Artikel von Andrzej Micewski Beachtung, in dem der Autor den bisherigen Umgang der Bundesrepublik mit der NS-Vergangenheit und mit Polen scharf kritisierte, aber insgesamt optimistisch in die Zukunft schaute, weil er Anzeichen eines gesellschaftlichen und politischen Wandels in Westdeutschland zu erkennen glaubte. Micewski befürwortete auch die Forderungen der offiziellen polnischen Politik an die Bundesrepublik: Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Verzicht auf Atomwaffen und Anerkennung der DDR. *Andrzej Micewski*, Europa, *Więź* Nr. 3 (1968), S. 34–39.

79 *Tadeusz Mazowiecki*, Polska – Niemcy i memorandum »Bensberger Kreis«, *Więź* Nr. 5 (1968), S. 3–23. Noch kritischer beurteilte Mazowiecki die Reaktion der katholischen Vertriebenenor-

Jerzy Turowicz bewertete das Bensberger Memorandum ebenfalls positiv und verglich es mit der Denkschrift der EKD von 1965. Er stellte jedoch mit Bedauern fest, dass die EKD-Denkschrift von der evangelischen Kirchenleitung mitgetragen worden sei, während sich die katholischen Bischöfe vom Bensberger Memorandum distanziert hätten. Damit seien sie der Linie ihres Antwortbriefs von 1965 treu geblieben und würden zu der Feststellung veranlassen, »dass die Leute vom Bensberger Kreis oder die Autoren der EKD-Denkschrift eine tiefere christliche und realistischere Haltung vertreten.«⁸⁰

Erst zwei Jahre später äußerte sich auch der beste Kenner der deutschen Problematik im ZNAK-Milieu, Stanisław Stomma, zum Bensberger Memorandum. Er stellte dabei offen fest, dass erst das Memorandum von den polnischen Katholiken als die angemessene deutsche Antwort auf die Botschaft polnischer Bischöfe angenommen worden sei, weil die deutschen Bischöfe in ihrem Antwortbrief von 1965 zurückhaltend geblieben seien und keine Stellung zu Grundfragen nahmen, welche den Normalisierungsprozess entscheidend erschweren würden. Gleichzeitig kritisierte Stomma die Bundesrepublik insgesamt, weil sie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht versucht habe, die Hypothek der Geschichte zu überwinden und gute Beziehungen zu Polen aufzubauen. Jahrzehntlang hätten sich lediglich gesellschaftliche Randorganisationen um Versöhnung bemüht.⁸¹

In den ZNAK-Medien kommentierte man nicht nur das Bensberger Memorandum, sondern auch andere Aspekte der aktuellen politischen Entwicklung der Bundesrepublik. Es ist dabei zu erkennen, dass die zunächst sehr kritischen Kommentare im Laufe der Zeit positiver wurden. Diese Tendenz ist sehr gut aus den Texten des Deutschlandexperten des *Tygodnik Powszechny* und *Znak*, Mieczysław Pszon, abzulesen. Mitte 1968 bezeichnete Pszon die Bundesrepublik als ein von den »alten Nationalsozialisten administriertes Land.« Die einzige Chance der Erneuerung dieses Landes erblickte er in der jungen Generation, die sich zunehmend gegen das postnationalsozialistische Establishment wende.⁸² Kurz danach äußerte Pszon die Befürchtung, dass in unmittelbarer Zukunft ein radikaler Aufschwung der Neonazis in der Bundesrepublik stattfinden würde.⁸³ Ein Jahr später kritisierte er die Deutschen scharf, weil sie den Nationalsozialismus nicht konstruktiv bewältigen würden, sondern vielmehr von der eigenen Opferrolle überzeugt seien.⁸⁴ Nach der Bundestagswahl von 1969 und insbesondere nach der Herauskristallisierung der Neuen Ostpolitik wurde Pszon optimistischer. Er betonte, dass der seit Bismarck die deutsche Politik bestimmende Drang nach Osten in der Zielsetzung Westdeutschlands nicht mehr präsent, und dass eine Befürwortung der Ostpolitik durch die Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft zu erwarten sei.⁸⁵

ganisationen, die einen Umgang mit Geschichte und Gegenwart abseits von Moral und Verantwortung offenbaren würden. Interessant sind auch die Ausführungen des Chefredakteurs von *Więź* zu den kritischen Anmerkungen der Bensberger angesichts der Überakzentuierung der angeblich polnischen Vergangenheit der Oder-Neiße-Gebiete durch die polnische Seite. Mazowiecki erwiderte, dass diese Überakzentuierung eine Reaktion auf die gegenwärtigen und vor allem früheren gegensätzlichen Bemühungen der deutschen Seite sei. Außerdem sei für jede Gemeinschaft ihre historische Verwurzelung wichtig. »Für Polen, die ankamen, um Polen auf den Ruinen der Wiedergewonnenen Gebiete zu bauen sowie für Polen, die hier der Germanisierungswelle widerstehend verblieben, war es eine erstrangige Angelegenheit.« Ebd., S. 10.

80 Jerzy Turowicz, Memorandum »Bensberger Kreis«, *Tygodnik Powszechny* Nr. 11, 17.3.1968.

81 Stanisław Stomma, »Bensberger Kreis« w Polsce, *Tygodnik Powszechny* Nr. 17, 26.04.1970.

82 Mieczysław Pszon, Szansa demokracji w NRF: młódzież, *Tygodnik Powszechny* Nr. 20, 19.5.1968.

83 Mieczysław Pszon, Od »Notstandu« do Thaddena, *Tygodnik Powszechny* Nr. 23, 9.6.1968.

84 Mieczysław Pszon, »Kwestia niemiecka« dziś, *Znak* Nr. 9 (1969), S. 1093–1097.

85 Mieczysław Pszon, Ostpolitik, *Tygodnik Powszechny* Nr. 29, 19.7.1970. Interessant ist, dass Pszon in den späteren Texten das in Polen vorherrschende äußerst negative Bild der deutschen Vertrie-

Eine ähnliche Meinungsevolution ist in den ZNAK-Medien insgesamt zu erkennen. Anfang 1969 stellte Zenon Szpotański fest: »Das deutsche Volk befreite sich nicht von Hitler«, womit er nicht die Befreiung 1945, sondern die geistige Lage der Deutschen 1969 meinte.⁸⁶ Bereits Ende 1969 berichtete aber Andrzej Wielowieyski, dass es in der Bundesrepublik endlich eine politische Strömung gäbe, die mittels kleiner Schritte »die um die BRD herrschende Atmosphäre der Missgunst und des Misstrauens bereinigen« möchte.⁸⁷

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags im Dezember 1970 wurde von den ZNAK-Autoren ausführlich und äußerst positiv kommentiert. Tadeusz Mazowiecki bezeichnete den Vertrag als ein Ereignis von »fundamentaler Bedeutung« für den deutsch-polnischen Versöhnungsprozess. Bislang hätten die Voraussetzung für diesen Prozess gefehlt, denn westdeutsche Politiker hätten zwar ihren Versöhnungswillen gegenüber Polen deklariert, gleichzeitig hätten sie aber das für Polen existenzielle Anliegen der Oder-Neiße-Grenze negiert.⁸⁸ Mieczysław Pszon beurteilte den Vertrag ebenfalls positiv, bedauerte aber, dass er erst 25 Jahre nach dem Krieg unterzeichnet wurde. Die Ursache dafür erblickte Pszon in der mangelnden Bereitschaft der Deutschen, Konsequenzen aus der verbrecherischen Vergangenheit zu ziehen. Erst jetzt beginne ein Teil der Westdeutschen zu erkennen, dass die von der Bundesrepublik bislang verfolgte »modifizierte, alte Konzeption der Machtpolitik« nicht tragfähig sei. Pszon betonte auch, dass die politische Verständigung noch keine Versöhnung der Völker bedeute. Diese würde erst dann möglich sein, wenn die Deutschen mittels einer konsequent freundschaftlichen Haltung die Polen überzeugen, dass Misstrauen und Angst nicht mehr notwendig sind.⁸⁹

Anfang 1971 zog Stanisław Stomma eine Art Zwischenbilanz der deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen. Nachdem Stomma die frühere Politik der Bundesrepublik kritisierte, stellte er positive Veränderungen in der Einstellung zu Polen eines beachtlichen Teils der westdeutschen Gesellschaft fest. Sehr kritisch beurteilte Stomma nach wie vor die Haltung der CDU, die zwar ihren Versöhnungswillen mit Polen betone, gleichzeitig aber den Warschauer Vertrag ablehne. Stomma behauptete, dass die Versöhnung mit Polen ohne die Ratifizierung des Vertrags nicht möglich sei, weil die Ablehnung des Vertrags die Aufrechterhaltung der Grenzrevisionsabsichten bedeute und eben diese hätte bislang die Versöhnung verhindert.⁹⁰

Sehr kritisch äußerten sich die ZNAK-Autoren zur Haltung der CDU auch im Verlauf der Ratifizierungsdebatte des Warschauer Vertrags in der Bundesrepublik. Repräsentativ ist in dieser Hinsicht ein Artikel des Chefredakteurs von *Tygodnik Powszechny*, Jerzy Turowicz, in dem er bemerkte, dass sich insbesondere Christen in ihrer politischen Tätigkeit an moralischen Grundsätzen orientieren müssten. Im Falle der CDU habe man aber den Eindruck, dass sie ausschließlich egoistische Nationalinteressen auf Kosten des Friedens und der Gerechtigkeit durchzusetzen versuche. Es sei völlig unverständlich, warum im Verhalten einer christlichen Partei ein moralischer Bezug zum Erbe des Dritten Reiches völlig ausbleibe. Es wäre eigentlich zu erwarten, dass sie »mit beiden Händen die

benen zu erhellen versuchte. So betonte er, dass diese in ihrer Mehrheit für rechtsextreme Parolen gar nicht anfällig seien, weil sie inzwischen in der neuen Umwelt völlig integriert seien. Zudem würde ein Teil von ihnen ein positives Polenbild der desorientierten und desinteressierten westdeutschen Gesellschaft vermitteln. Siehe dazu *Mieczysław Pszon*, Po wyborach w NRF, *Tygodnik Powszechny* Nr. 42, 19.10.1969; *Mieczysław Pszon*, Ostpolitik, *Tygodnik Powszechny* Nr. 29, 19.7.1970.

86 Zenon Szpotański, Niemcy na rozdrożu, *Znak* Nr. 3 (1969), S. 365.

87 Andrzej Wielowieyski, Niemcy, *Więź* Nr. 11/12 (1969), S. 23–34.

88 Tadeusz Mazowiecki, Polska – Niemcy – Europa. Nowy rozdział, *Więź* Nr. 11/12 (1970), S. 7–10.

89 Mieczysław Pszon, Układ, *Tygodnik Powszechny* Nr. 48, 29.11.1970.

90 Stanisław Stomma, *Tygodnik Powszechny* Nr. 8, 21.2.1971.

Chance der Versöhnung mit denjenigen Völkern aufgreift, die für den Wahnsinn Hitlers den höchsten Preis bezahlten«, aber sie lehne dies entschieden ab.⁹¹

Das Tauziehen um den Warschauer Vertrag und seine Ratifizierung veranlasste mehrere führende ZNAK-Publizisten zur erneuten Auseinandersetzung mit der Haltung der westdeutschen Kirche. Bereits Anfang 1970 äußerte sich Jerzy Turowicz auf einer Session der Nationalen Einheitsfront zu dem Problem der immer noch unregulierten Kirchenverhältnisse in den Oder-Neiße-Gebieten und schob die Verantwortung dafür der deutschen Kirche zu: Bei deren Vertretern schienen die »engen Traditionen des deutschen Nationalismus und politisch-konjunkturelle Gesichtspunkte über den Interessen der internationalen Gerechtigkeit und dem Wohlergehen der Katholischen Kirche« zu stehen.⁹² Seine Meinung wiederholte Turowicz zwei Jahre später in einem Leitartikel des *Tygodnik Powszechny*, in dem er die Haltung der CDU, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und vor allem des deutschen Episkopats gegenüber Polen und speziell dem Warschauer Vertrag kritisierte. Scharf wandte er sich gegen das Argument der deutschen Bischöfe, die Kirche dürfe sich in politische Angelegenheiten nicht einmischen. Diese Begründung überzeuge nicht, denn »es gibt Situationen, in denen politische Entscheidungen eine solch deutliche moralische Dimension haben, dass die Rede über die Nichteinmischung ihre Glaubwürdigkeit verliert.«⁹³ Auch andere ZNAK-Publizisten äußerten sich ähnlich negativ über die Haltung der deutschen Kirche.⁹⁴

Von dem Tenor dieser Stimmen unterschieden sich zwei Artikel der auch in Deutschland bekannten katholischen Publizistin Anna Morawska aus dem Jahr 1971. Im ersten von ihnen versuchte Morawska das in ihrem Milieu vorherrschende dunkle Bild des deutschen Katholizismus zu erhellen. Neben den Vorreitern von Pax Christi, Aktion Sühnezeichen und vom Bensberger Kreis gäbe es unter den westdeutschen Katholiken zahlreiche Menschen, die sich mittels kleiner Schritte und ständiger Kompromisse im Stillen für die Versöhnung mit Polen stark einsetzen. Zwar erfahre man in Polen von der Tätigkeit dieser Menschen kaum, weil sie diskret sei, aber sie bewirke einen propolnischen Wandel in der Einstellung des deutschen Katholizismus.⁹⁵ Im zweiten Artikel versuchte Morawska zu erklären, warum die deutschen Bischöfe weder in ihrer Antwort von 1965, noch später eine politischen Deklarationen hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen abgeben wollten. Morawska erklärte die Haltung der Bischöfe mit den historischen und gesellschaftlich Voraussetzungen der Kirchentätigkeit in Deutschland, die eine politische Zurückhaltung der Kirche nahe legen.⁹⁶

Auffallend ist, dass in den ZNAK-Medien seit 1968, vor allem aber seit 1970, relativ viele Beiträge deutscher Autoren veröffentlicht wurden. Es handelte sich dabei um drei Kategorien von Texten. Erstens waren es ins polnische übersetzte theologische Beiträge

91 Jerzy Turowicz, Moralność i polityka, *Tygodnik Powszechny* Nr. 15, 9.4.1972. Vgl. auch Mieczysław Pszon, Ratyfikacja, *Tygodnik Powszechny* Nr. 13, 26.3.1972; Wojciech Wiczorek, Raport znad Renu, *Więź* Nr. 5 (1972), S. 28–39.

92 Przemówienie Jerzego Turowicza na sesji Ogólnopolskiego Komitetu FJN w Warszawie 20 II br. *Tygodnik Powszechny* Nr. 9, 1.3.1970. Turowicz gehörte der Nationalen Einheitsfront als Vertreter des ZNAK-Milieus an.

93 Jerzy Turowicz: Moralność i polityka, *Tygodnik Powszechny* Nr. 15 vom 9.4.1972.

94 Vgl. dazu Mieczysław Pszon, Ratyfikacja, *Tygodnik Powszechny* Nr. 13, 26.3.1972; Wojciech Wiczorek, Raport znad Renu, *Więź* Nr. 5 (1972), S. 28–39; teilweise auch Tadeusz Mazowiecki, Polska – Niemcy – Europa. Nowy rozdział, *Więź* Nr. 11/12 (1970), S. 7–10.

95 Anna Morawska, Niemieccy partnerzy, *Tygodnik Powszechny* Nr. 26, 27.6.1971. Bei Gelegenheit würdigte Morawska den Versöhnungseinsatz »mancher Kreise der Katholiken aus der DDR«, die seit Jahren, oft gegen starke innerkirchliche Widerstände, mutig für Versöhnung gearbeitet hätten.

96 Anna Morawska, Ich punkty widzenia, *Tygodnik Powszechny* Nr. 27, 4.7.1971.

bedeutender deutscher Theologen.⁹⁷ Zweitens waren es exklusiv für die ZNAK-Medien verfasste Berichte deutscher Katholiken über bedeutende Ereignisse aus dem Leben der deutschen Kirche.⁹⁸ Drittens handelte es sich um Beiträge polenfreundlicher Deutscher über die deutsch-polnischen Beziehungen.⁹⁹ Besondere Beachtung verdient ein exklusiv für den *Tygodnik Powszechny* verfasster Artikel des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Julius Döpfner über die Wahrnehmung des Auschwitz-Märtyrers Maximilian Kolbe in Deutschland.¹⁰⁰ Es war der erste Beitrag eines deutschen Bischofs für eine polnische Zeitung.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Bensberger Memorandum zweifelsohne einen Wendepunkt in der Deutschlandwahrnehmung der ZNAK-Gruppen darstellte. Davor beurteilte das ZNAK-Milieu die Entwicklung in der Bundesrepublik und der deutsch-polnischen Beziehungen ausgesprochen negativ. Die ZNAK-Presse vermittelte zudem ein für die polnische Gesamtgesellschaft charakteristisches, von antideutschen Ängsten und Komplexen beherrschtes Geschichts- und Deutschlandbild. Nach dem Memorandum wurde die Einschätzung der Bundesrepublik in den ZNAK-Medien stufenweise positiver, auch wenn die konservativen Kräfte immer noch stark kritisiert wurden. Überprüft man die Erscheinungsdaten der Artikel, in denen die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte vor allem als Geschichte der Konflikte vorgestellt wurde, erkennt man, dass ihre Anzahl nach dem Bensberger Memorandum kontinuierlich abnahm. Auch die erwähnten Artikel deutscher Autoren erschienen in den ZNAK-Medien fast ausschließlich nach dem Memorandum. Ebenfalls nach dem Memorandum kam es erst zu gegenseitigen Kontakten deutscher und polnischer Katholiken. Hierbei kamen Vertretern des Bensberger Kreises, von Pax-Christi und von der Aktion Sühnezeichen eine wichtige Vorreiterrolle zu. Neben dem Memorandum beeinflusste die Neue Ostpolitik die ZNAK-Mitglieder positiv. Nach wie vor wurde jedoch die Haltung der deutschen Bischöfe und der Hauptströmung des deutschen Katholizismus von den ZNAK-Publizisten sehr kritisch beurteilt.

3. Ergebnisse

Die Jahre 1966–1972 markieren in den deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen eine Umbruchphase, in der eine Reihe von neuen Kontakten vor allem zwischen einzelnen Personen und Vorreitergruppen geknüpft und intensiviert wurden. Auch wichtige Repräsentanten der Kirchenleitungen kamen miteinander ins Gespräch. Ein Durchbruch gelang auf der Ebene der Bischofskollegien jedoch nicht, obwohl dieser nach dem bahnbrechenden

97 U. a. Beiträge von Johann B. Metz, Franz Scholz, Dorothea Sölle (*Więź*), Karl Rahner (*Więź*, *Znak*) und Romano Guardini (*Znak*).

98 Helmut Holzappel, Krajowy synod w NRF, *Tygodnik Powszechny* Nr. 5, 31.1.1971; Alfons Schaefer, Millennium Magdeburga, *Znak* Nr. 11–12 (1968), S. 1572–1586.

99 Wolfgang Marcus, Na temat rozwoju stosunków między PRL a NRF, *Tygodnik Powszechny* Nr. 10, 5.3.1972; Erich Mueller-Gangloff, Podwójna Europa?, *Tygodnik Powszechny* Nr. 22, 1.6.1969; Winfried Lipscher, Pojednanie z Polską jako zadanie polityczne, *Tygodnik Powszechny* Nr. 15, 12.4.1970; Günter Särchen, Każdy człowiek jest moim bratem, *Więź* Nr. 11/12 (1970), S. 11–24; ders., Problemy sąsiedztwa., *Znak* Nr. 9 (1969), S. 1168–1178; Alfons Schäfer, Bezgłośne powstanie, *Tygodnik Powszechny* Nr. 42, 17.10.1971; Theodor von Schell, Świadectwo ojca Maksymiliana Kolbe, *Znak* Nr. 4 (1967); Konrad Weiss, Musimy być pełni bojaźni i niepokoju, *Tygodnik Powszechny* Nr. 44, 3.11.1968. In diese Kategorien fallen auch die Interviews mit Klaus von Bismarck und den Vertretern des Bensberger Kreises: Von Bismarck o układzie Polska – NRF, *Tygodnik Powszechny* Nr. 51/52, 20–27.12.1970; Przedstawiciele Bensberger Kreis odpowiadają na pytania *Więzi*, *Więź* Nr. 6 (1970), S. 3–10.

100 Julis Doepfner, Maksymilian Kolbe w oczach Niemców, *Tygodnik Powszechny* Nr. 43, 24.10.1971.

Brief der polnischen Bischöfe von 1965 eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Vielmehr blieb die Chance, die der Brief bot, zunächst ungenutzt und die Beziehungen zwischen der deutschen und polnischen Kirche angespannt. Geopolitische Probleme und diametrale Differenzen im Umgang der polnischen und deutschen Kirche mit der Oder-Neiße-Frage stellten die Haupthindernisse für die weitere Annäherung der Kirchen dar. Abgesehen von den beeindruckenden Gesten des polnischen Primas und des Kirchenvolkes vom 3. Mai 1966 in Tschenschow fanden keine prägnanten Versöhnungsinitiativen der polnischen Kirchenführung mehr statt, vielmehr bemühte sie sich, die radikalen Aussagen ihres Briefs von 1965 zu relativieren. Als Ursachen sind vor allem der sehr geringe Spielraum der Kirche angesichts der kommunistischen Repressalien nach dem Briefwechsel von 1965 sowie die tiefe Enttäuschung der polnischen Kirche über die Haltung der deutschen Kirche zu nennen. Allerdings sollten die besondere Rolle Kardinal Döpfners und die durch ihn intensivierte Kontakte mit dem polnischen Primas nicht außer Acht gelassen werden. Schon 1965 hatten Döpfners Argumente bei Wyszyńskis deutliche Wirkung gezeigt, da der polnische Primas die Denkfigur von den angeblich wiedergewonnenen Westgebieten in Frage zu stellen begann.¹⁰¹ In diesen Gesprächskontakten boten sich Perspektiven einer Verständigung¹⁰², die allerdings erst wirksam werden konnten, nachdem von politischer Seite durch den Abschluss des deutsch-polnischen Vertrags und seitens des Vatikans durch die Neuregelung der Bistumsgrenzen Fakten geschaffen waren, an denen der deutsche Katholizismus nicht mehr vorbeisehen konnte.

Differenzierter war der Umgang des ZNAK-Milieus mit der deutsch-polnischen Thematik. Die ZNAK-Medien verbreiteten zunächst eine von antideutschen Ängsten und komplexen beherrschte Sicht der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, die sich auf den Versöhnungsprozess kontraproduktiv auswirken musste. Die ZNAK-Vertreter beurteilten die westdeutsche Polenpolitik und die Polenhaltung des deutschen Katholizismus sehr kritisch. Die Hoffnungen und Verständigungsversuche der ZNAK-Mitglieder galten vor allem dieser Minderheit unter den deutschen Katholiken, die die polnische Sicht hinsichtlich der deutsch-polnischen Streitfragen teilte, d. h. vor allem dem Umfeld von Pax Christi, Bensberger Kreis und Aktion Sühnezeichen. Die Initiativen dieser Minderheit, vor allem das Bensberger Memorandum, aber auch der politische Wandel in der Bundesrepublik, bewirkten bei den ZNAK-Vertretern das in den Beiträgen der ZNAK-Medien erkennbare positivere Deutschenbild. Mit der Zeit baute ZNAK seine Kontakte mit deutschen Partnern aus und veröffentlichte in seinen Medien immer häufiger Beiträge deutscher Autoren.

Der von den Kirchen mit dem Briefwechsel von 1965 initiierte Versöhnungsprozess kam – wie bereits angedeutet – erst nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrags von 1972 und der Neuordnung der Bistumsgrenzen in den Oder-Neiße-Gebieten richtig in Schwung. Hier wirkten sich ganz offenbar die von der Neuen Ostpolitik ausgehenden Impulse aus wie beispielsweise die Bildung der deutsch-polnischen Schulbuchkommission und die verbreiterten Kontakte, die die ZNAK-Gruppe inzwischen auch mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken aufgenommen hatte.¹⁰³ Zudem ist davon auszugehen, dass der Vatikan eine wichtige (vermittelnde) Rolle spielte, die hier allerdings nicht untersucht werden konnte.

101 Dies konnte Madajczyk an Hand der Predigten Wyszyńskis feststellen. Vgl. *Piotr Madajczyk*, »Wir vergeben und bitten um Vergebung [...]«, in: *Więź*, 9 (1990), zitiert nach *Więź*, deutsche Sonderausgabe 1993, S. 35–51.

102 Zu den Besuchen Döpfners in Polen 1973 und den späteren Begegnungen der polnischen und deutschen Bischöfe vgl. den Beitrag von Karl-Joseph Hummel in diesem Band.

103 Vgl. *Wojciech Wieczorek*, Was bewirkt die Schulbuchrevision in der Bundesrepublik Deutschland?, in: *Więź* 7–8 (1973), zitiert nach *Więź*, deutsche Sonderausgabe 1993, S. 84–92; Begegnung mit Polen. Interview mit einer Delegation des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, in: *Więź*, 12 (1973), zitiert nach *Więź*, deutsche Sonderausgabe 1993, S. 93–98.